

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljähr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgeheilte Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 31. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Mit dem 1. August 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement
auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue
Welt“.

Im Unterhaltungsblatt wird Jolas Roman

„Arbeit“

weiter geführt. — Neu eintretende Abonnenten erhalten den bisher
erschiedenen Teil dieses Romans kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren,
sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Post-
anstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Ein-
getragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7671.)

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post
bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich
5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 50 Cere
in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in
Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr.
10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Cere in Schweden, 5 Fr. in der
Schweiz; 9 Kr. in Frankreich, England, Spanien und
Portugal, den Vereinigten Staaten von Nord-
amerika und andern zum Weltpostverein gehörenden anhe-
ropäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der
„Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und
seiner Kolonien und in Oesterreich-Ungarn, im Auslande 3 Mark
pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Der Stahlarbeiter-Streit in Amerika.
(Eigener Bericht.)

New York, 18. Juli.

Als Anfang April die Arbeiter in den Hartkohlens-Distrikten
Pennsylvaniens — dem Herrschergebiet derselben Trustsmonopolen,
gegen welche sich jetzt der Streit der Eisen- und Stahlarbeiter
richtet — die Forderung der Lohnsteigerung forderten, welche ihnen vor
der Präsidentenwahl und unter dem Druck derselben bewilligt worden
war, da erregte es einigermaßen Erstaunen, als der Trust der
Forderung ohne große Schwierigkeit nachgab, ein Erstaunen,
das nur im geringen Maße gemildert wurde, als kurz darauf
fast sämtliche Gruben nur halbe Zeit arbeiteten, wodurch der Wert
der Bewilligung praktisch stark reduziert wurde. Aber man hatte
allgemein vermutet, daß bei dieser Gelegenheit der große Kampf
zwischen den unter dem Kommando der Herren Morgan, Rodfeller,
Hanna, Frick (ehemaliger Compagnon Carnegies) usw. vereinigten
Trusts und den betreffenden Arbeiterorganisationen zum Ausdruck
kommen würde, die große Kraftprobe zwischen organisiertem
Kapital und organisierter Arbeit, welche zeigen würde, welcher
der beiden Giganten der Stählerei ist. Als dies nun nicht
geschah, brach sich allmählich die Ansicht Bahn, daß den Trusts
zunächst daran gelegen sei, mit ihren Arbeitern Frieden zu halten,
so lange wenigstens, bis die Konsolidierung der Trusts in allen
Einzelheiten vollendet und die Aktien der ersteren zu enormen
Kursen auf das Publikum abgewälzt worden waren. Morgan ging
damals nach Europa, wo er das Hereinbrechen jener furchtbaren
Katastrophe an der New Yorker Börse als ferner Zuschauer erleben
mußte, welche in den Ver. Staaten Tausende von Existenzen wirt-
schaftlich auslöschte, aber — wider Erwarten — das „Geschäft“
im Allgemeinen wenig beeinträchtigte. Was Morgan, außer
den bekannt gewordenen Anfängen einer Dampfschifflinie usw. in
Europa im übrigen durchsetzte, entzieht sich der Öffentlichkeit. Nur
so viel steht fest, daß er, zurückkehrend, „seinen“ Arbeitern nicht die
Friedenspalme brachte. Denn als nun vor einigen Wochen die Ver-
handlungen zwischen den Vertretern des Stahltrusts und den Leitern
der „Vereinigten Association der Eisen-, Stahl- und Blech-Arbeiter“
(Amalgamated Association of Iron, Steel and Tin Workers) be-
gannen, um die Arbeitsbedingungen für die nächste Zukunft festzustellen,
da zeigte sich bald, daß der Stahltrust bereit war, alles zu bewilligen —
bis auf den Hauptpunkt: die strikte Anerkennung der
Union in allen seinen Etablissements. Die Forderung
dieser Anerkennung sollte in der Erlaubnis für die Union bestehen,
in allen Werken, in denen Nicht-Unionarbeiter schafften, diese letzteren
zu veranlassen, der Union beizutreten; der Trust verweigerte
diese Erlaubnis unter dem Vorwande, daß er diejenigen Arbeiter, welche
nicht zur Union gehen wollten, nicht wider ihren Willen dazu zwingen
wolle. Es handelte sich dabei zunächst um drei Etablissements,
welche früher zur Carnegie-Gruppe gehörten, Union-Etablissements
waren, aber in dem blühigen Streit von Homestead vor neun Jahren
als solche verloren gingen. Die besiegten Arbeiter mußten sich, als
Bedingung der Wiederanstellung, verpflichten, fortan keiner Union an-
zugehören. Dieses Verbot aufzuheben und der Union zu erlauben,
die Arbeiter in ihre Association aufzunehmen, war die Forderung der
Arbeiter. „Wir sind fertig zum Gefecht“, war praktisch die Antwort
des Stahltrusts. Und so hat der Kampf begonnen.

Die Zahl der Arbeiter in den drei Etablissements, welche zu-
nächst in Frage kommen, beträgt etwa 75 000, aber es werden weit

über 200 000 in den Kampf eintreten, wenn erst alle Werke des
Trusts in den Streit gezogen werden.

Der Anfang des Streiks gestaltete sich für die Union
günstig. Zur Ueberraschung des Trusts hat sich nämlich
herausgestellt, daß in fast allen ihren Nicht-Union-
Etablissements sich „Logen“ („Lodges“, Unter-
abteilungen oder Einheiten der Association) gebildet haben,
von denen die Unternehmer keine Ahnung hatten. Die Präse des
Trusts, daß er seine Arbeiter nicht in die Union hinein zwingen
wolle, wird in ihrer ganzen Klugheit durch die Thatsache illustriert,
daß diese Nicht-Union-Arbeiter gar nicht auf die Aufforderung zum
Streiken warteten, sondern sofort nach Bekanntwerden des Resultats
der Verhandlungen in hellen Hausen die Arbeit verließen. Die Ab-
stimmung darüber, ob alle Werke des Trusts an den Streit
gehen sollen, wird jetzt in den „Logen“ durch geheime Ab-
stimmung entschieden. Aber es kann keinem Zweifel unter-
liegen, daß dieselbe zu Gunsten des Generalstreiks aus-
fallen wird. Es geht offenbar durch die Arbeiterchaft im ganzen
Gebiet des Trusts ein rebellisches Verlangen, die eigenen Kräfte mit
denen des Trusts zu messen.

Der Leiter des Streiks ist der Präsident der
„Association“, Schaffer, ein noch neuer Mann, dessen Fähig-
keiten in einem großen Kampfe noch nicht geprüft sind.
Er ist der Nachfolger von M. M. Garland, dessen Wichtig-
keit als Arbeiterführer ihm ein feines Regierungamt in
Pittsburgh einbrachte. Schaffer war ursprünglich für die
Kanzel ergogen, wurde Papst einer methodistischen Kirche,
und durch die rasch wechselnden „hin- und her“ des
amerikanischen Lebens in ein Stahlwerk getrieben. Bei den
Konventionen der „Association“ machte er sich schnell durch seine be-
deutende Rednergabe bekannt und wurde im Mai 1898 zu Detroit
zum Präsidenten gewählt.

Alle Opposition gegen ihn ist jetzt geschwunden, denn — wie
ein kapitalistisches Blatt treffend bemerkt —: „Die Anti-Trust-
Agitation und die Furcht vor der Macht der großen Kombination
haben die organisierten Arbeiter zu einer Einheit (Unit) zusammen-
geschmiegelt“.

Schaffer hat zunächst an die Nicht-Union-Arbeiter im Bereich der
Trust-Werke eine eindrucksvolle Proklamation gerichtet, worin er die
Bedeutung des Kampfes andeuternd erklärt. Schon sind zahlreiche
Antworten mit der Frage: „Sollen wir kommen?“ eingelaufen.

Nach ungefähren-Berechnungen verlieren die drei Etablissements
in welchen der Streit jetzt erklärt ist, täglich 210 000 Dollar, die
Arbeiter 178 000 Dollar. Die amerikanische Zinnplatten-Compagnie,
welche bis jetzt täglich 28 000 Rufen, voll von Zinnplatten, her-
stellt, verliert täglich mehr als 90 000 Dollar. Ungefähr 700 Tonnen
Stahlplatten von den 1000, welche die „Amerikanische Stahlplatten-Co.“
täglich produziert, sind verloren, dem Betrage von mindestens
50 000 Dollar täglich. Die Folge davon ist, daß die unabhängigen,
nicht zum Trust gehörigen Fabriken mit Aufträgen überhäuft sind,
und zwar zu vorteilhaftem Preise.

In diesem Augenblicke die Chancen des Streiks mit Sicherheit
abzuwägen, ist unmöglich. Aber einige Anhaltspunkte lassen sich
allerdings geben. Für den Erfolg der Arbeiter sprechen folgende
Momente: Die Leute in der Stahl- und Eisenindustrie haben eine
Zeit guter Löhne hinter sich, sie genießen Kredit und können also eine
Weile aushalten. Auch gehen sie mit Enthusiasmus in den Streit und
werden mit großer Fähigkeit kämpfen. Die Kasse der Association enthält
eine respektable Summe, wie man sagt, ein Viertelmillion Dollar;
aber, wenn auch groß an und für sich, ist sie doch verhältnismäßig
klein, wenn damit 75 000 Streiker — von einer größeren Zahl vor-
läufig nicht zu reden — unterhalten werden sollen. Sollte ein
Generalstreik beschloffen werden, so wird sich das als ein
zweischneidiges Schwert erweisen. So lange 75 000 Mann
feiern und etwa 150 000 arbeiten, können die ersteren
von den letzteren auf lange Zeit erhalten werden. Wenn alle feiern,
so ist das allerdings ein furchtbarer Schlag für den Trust, aber wenn
er entschlossen ist, ihn anzuhalten, koste es was es wolle, so ist der
Streik verloren. Wie berichtet wird, soll die große „Federation of
Labor“, mit welcher die Eisen- und Stahlarbeiter verbunden sind,
bedachtig, ihren Mitgliedern eine wöchentliche Steuer von
25 Cents zur Unterstützung des Streiks auferlegen. Das würde
— alle Uebertreibungen bezüglich der Mitgliedschaft der „Federation“
abgerechnet — wöchentlich etwa 200 000 Dollar ergeben. Leider hat die
Erfahrung bewiesen, daß die „Federation“ in Unterstützung von
Streiks kein finanziell sehr wirksamer Faktor ist. Eine große Hilfe
würde es sein, wenn die unabhängigen Etablissements mehr Bedarf
an Arbeitskräften haben, als bisher. Schon jetzt hat eine ganze Anzahl
unabhängiger Fabriken in Pittsburgh und Umgegend (die natürlich
sämtlich volle Unionetablissements sind) die „Association“ be-
nachrichtigt, daß sie Arbeiter brauchen, welche ihnen denn auch aus
den Reihen der Streiker sofort zugewiesen wurden.

Was den Stahltrust betrifft, so muß man selbstverständlich an-
nehmen, daß derselbe genau wußte, was er that und sich auf alles
vorbereitet hat. Zunächst hat er den Vorteil, daß um diese Zeit
des Jahres fast sämtliche Etablissements auf einige Wochen ge-
schlossen werden, um die unumgänglich nötigen Reparaturen vorzu-
nehmen.

Diese Wochen sind also ohnedies alljährlich für ihn verloren.
Es wird sogar von gewisser Seite behauptet, daß der Trust am
Schluß dieser Periode nachgeben werde, da er damit den Vorteil
erzungen hat, die schweren Stößen, welche er an seine Auftrags-
geber zahlen muß, falls er Aufträge nicht rechtzeitig ausführt, zu
sparen. Denn die betr. Kontrakte besagen ausdrücklich, daß diese
Strafen erlassen werden, wenn Streiks ausbrechen. Indes erscheint
diese ganze Annahme angeht der ungeheuren Konsequenzen des
Streikes, doch zu gewagt. Eine der gefährlichsten dieser Konsequenzen

für den Trust ist unzweifelhaft die mögliche Entwertung seiner Aktien.
Aber auch dafür ist Sorge getroffen. Vor ein paar
Tagen, unmittelbar nach Erklärung des Streikes, fielen
die Aktien des Trusts 4—5 Proz., aber nur, um schon am folgenden
Tage wieder auf ihre alte Höhe zu klimmen. Eine ungeheure
Summe ist für den Zweck bestimmt und bereit, jede Verkaufsofferte,
so groß dieselbe auch sei, sofort aufzunehmen; was natürlich genügt,
um einen Kurssturz zu verhindern. Uebrigens hat Morgan in einem
heute früh stattgehabten Interview erklärt, daß „ein Kompromiß in
einer solchen Frage unmöglich sei“, und daß der Trust den Kampf
bis zum bitteren Ende ausfechten werde.

So stehen die Sachen in diesem Moment. Die Kleinbürger-
liche Presse sieht der Entwicklung mit Bangen entgegen. So
sehr sie die „Tyrannei“ der Arbeiterorganisationen hasst, so fürchtet
sie doch den Trust, der das kapitalistische Element der Ver-
wölkung bis zur Vernichtung bedroht, noch mehr. Die groß-
kapitalistischen Zeitungen stehen natürlich ohne die mindeste Scheu
auf Seiten der Trustmagnaten; die brutale Offenheit dieser Presse
kann, im Interesse wachsender Erkenntnis unter den Arbeitermassen,
nur freudig begrüßt werden. Die socialdemokratische Agitation in
Wort und Schrift wird dafür sorgen, daß die Lehren dieses großen
Kampfes, wie er auch ausfallen möge, für die Arbeiter dieses Landes
nicht verloren gehen.

Die meisten uns zugegangenen telegraphischen Meldungen sprechen
bereits von der Beendigung des Streiks, beziehungsweise stellen sie
dieselbe in Aussicht. Während das „Bureau Laffan“ aus Pitts-
burg, 20. Juli meldet: „Der Stahlarbeiter-Ausstand ist thät-
sächlich beendet. Der Trust blieb Sieger, da die Werkleute unter den
ihnen vordem angebotenen Bedingungen zur Arbeit zurückkehrten“,
berichtet das „Bureau Herald“ aus Pittsburgh, 20. Juli:

„Der Verlust mehrerer Lieferungsverträge für den Stahltrust hat,
wie es heißt, die Mitglieder des Verwaltungsrats des Trusts ver-
anlaßt, den streikenden Arbeitern den Frieden anzubieten. Nach den
letzten Anstellungen betragen die Verluste während des Streiks für
den Trust 20 Millionen, für die Arbeiter 12 1/2 Millionen Dollar.“

Nach der ersten Meldung sind also die Beherrscher des Trusts
Sieger geblieben, nach der zweiten Depesche scheint es dagegen, als
ob die Arbeiter wenigstens einen teilweisen Sieg errungen hätten.
Die Festhaltung der einen oder der anderen Nachricht bleibt demnach
abzuwarten.

Der Wuchertarif.

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des „Neuesten Kurses“, daß
alle seine Aktionen Begleiterscheinungen haben, die nach Höhe und
Tausch, nach Lebhaft und Sterblich riechen. Ein System, das im
Vorborgenen arbeitet, auf Hintertruppen Erfolge erschleicht, in dem
sich Interessenten im Dunkel der Intriquen dalgen, zu einem solchen
System gehört der Sclandal und die Enthüllung, wie der Wucher zum
Agrarier.

Wenn heute die Regierung unglücklich darüber ist, daß die vorzeitige
Veröffentlichung des Entwurfs durch eine „Indiskretion“ erpreßt worden
ist, so mag die Moral der Schuldigen nicht die sanftere sein, sicherlich
aber ist diese Sünde leicht verzeihlich gegenüber dem merkwürdigen, jetzt er-
frenlichertweise mihaltigen Versuch, durch Geheimhaltung des Ent-
wurfs das Volk zu überrumpeln. Ist es wahr, daß die „Londoner
Finanzchronik“ vor zwei Wochen den Entwurf für 1500 Mr. erschöpfert
hat, so ist diese „Indiskretion“ um 1500 Mr. eine Kleinigkeit
im Vergleich zu jener Diskretion, die für Hunderte von
Millionen zu Gunsten eines Hauses Privilegierter auf Kosten des
arbeitenden Volks gerührt werden sollte. Wenn sich die Scharmacher
die Zuchthausvorlage 12 000 Mr. kosten lassen mußten, warum sollte sich
die „Londoner Finanzchronik“ nicht für 1500 Mr. den Posttarif erhandeln,
zumal sie in diesem Fall objektiv eine äußerst nützliche Handlung
begangen hat.

Mit stilllicher Entrüstung sollte man uns in der Zeit der immer
noch ungeführten 12 000 Markt-Affäre vom Halbe bleiben. Aller-
dings ein interessantes Sittenbild bleibt die Geschichte von dem
Posttarif-Kauf immerhin. Der „Total-Anzeiger“ nennt jetzt die
Namen von zwei Journalisten, bei denen Hausfuchung gehalten
worden ist: Dr. Hamburger und Dr. Martin Hildebrandt.
Bei einem dritten, dem Korrespondenten eines auswärtigen
Blattes — diesen Namen nennt das Blatt nicht! — soll
die Hausfuchung zur Beschlagnahme belastenden Materials geführt
haben. Der Posttarif dürfte die den Verkauf jenes Exemplars be-
treffende Korrespondenz in die Hände gefallen sein, auch soll sie eine
größere Summe Geldes beschlagnahm haben. Zwischen dem Aus-
wärtigen Amt und der allerhöchsten Stelle sände ein sehr eifriger
Depeschenwechsel in dieser Angelegenheit statt.

Ueber die „Londoner Finanzchronik“, der der Wuchertarif-Kauf
gelungen ist, weiß unser Leipziger Partei-Organ folgendes zu er-
zählen:

Die „Finanzchronik“, die sich als Telegramm-Adresse in schöner
Selbstironie den Namen Treuhand gewählt hat, steht
im Dienste der Cecil Rhodes-Gruppe. Ihr Herausgeber und
Eigentümer, ein Dr. Rosendorf, war früher eine Zierde
der Berliner Journalistik und schrieb für Bismarck.
Schon damals liebte er es, nebenbei Geschäfte größten Stils zu
unternehmen. So weiß z. B. ein israelitischer Wüßbürger unter
Reichshauptstadt, der eine große Milliarde für Rumänien über-
nommen hatte, von der geschäftlichen Tüchtigkeit seines ehemaligen
Glaubensgenossen Wunderdinge zu erzählen. Die großen Summen,
die Dr. R. auf solche Weise verdiente, gingen an der Börse aber bald
wieder flöten und als er vor einigen Jahren von Berlin wegging,
hinterließ er mehrere Hunderttausend Mark Schulden. Dr. R. wandte
sich nach London, wo er zunächst eine Stelle als Schreiber besetzte.
Seiner Gewandtheit gelang es aber bald, sich in der City eine
Position zu schaffen und heute ist er bereits mehrfacher Millionär.

In seinem Geschäftshaus in der Coleman Street giebt er jeden Freitag ein Dinner, zu dem sich Rhodes, Chamberlain und andre weniger bekannte, aber ebenso würdige Männer einzufinden pflegen.

In den Bureaus aber des Herrn Dr. Rosendorf sind als Schreiber beschäftigt eine Menge deutscher hochadelliger Herren, meist ehemalige Offiziere, die in der Heimat Schiffbruch erlitten und sich nun im Auslande eine Existenz suchen mußten.

Dr. Rosendorf ist aber gleichzeitig auch Agent für eine Reihe deutscher Großindustrieller, insbesondere für den Scheinrat Ehrhardt in Düsseldorf. Mehrere Batterien Geschütze, die Ehrhardt kurz nach Beginn des Vorkrieges nach England lieferte, wurden durch Vermittlung Rosendorfs bestellt. Der Gedanke liegt also nahe, daß er via Centralverband Fühlung mit der deutschen Regierung unterhält.

Interessant ist es aber, daß der so vielseitige Dr. Rosendorf auch an dem Neuter-Bureau beteiligt ist.

Nach den Personalien dieses Herrn Rosendorf und seinen Beziehungen zufolge scheint hinter der Veröffentlichung mehr als ein bloßer Vertrauensbruch zu stecken. Wer weiß, welche Interessengruppe die Durchsichterei veranlaßt haben mag. Auch die Frage ist pikant: wer denn der Regierung die „Indiskretion“ gepfeifen hat!

Der Eierzoll.

Zum Eierzoll schreibt die „Vossische Zeitung“: Die Eiereinfuhr wird gewöhnlich bedeutend unterschätzt. Im Jahre 1897 sind für 67 Millionen Eier eingeführt, im Jahre 1898 für 85, im Jahre 1899 für 98 und im Jahre 1900 sogar für 103 Millionen Mark. Man kann sich einen Begriff von der Bedeutung der Eiereinfuhr machen, wenn man hört, daß ihr Wert den der Roggengröße übertrifft und daß die Eier unter den wichtigsten Warengruppen, die eingeführt werden, an 18. Stelle stehen. Nun soll nach dem neuen Zolltarif-Entwurf der Einfuhrzoll für Eier 6 M. für den Doppelcentner betragen, während bisher die Eier zum weitaus überwiegenden Teil nur 2 M., zu einem sehr kleinen Teil 3 M. Zoll trugen. Der Eierzoll soll also im allgemeinen verdreifacht werden. Zu dem neuen Zollsaße würde die Eiereinfuhr von 1900 einen Einfuhrzoll von rund 7,1 Millionen Mark tragen, während sie nach dem bisherigen nur etwa 2,4 Millionen Mark Zoll kostete. Allein der erhöhte Eierzoll wird also das konsumierende Volk mit 4,7 Millionen Mark jährlich belasten. Da der Einheitswert des Doppelcentners Eier bei der Einfuhr von 1900 mit 87,3 M. angenommen ist, wird ein Zoll von 6 M. eine Belastung von 6,9 Proz. des Wertes ausmachen, während der bisherige Zoll nur 2,8 Proz. betrug. Hiernach wird der Preis der Eier durch den Zoll um 4,6 Proz. erhöht werden.

Kein Zweifel, daß aber zugleich mit der Preiserhöhung der ausländischen Eier auch die inländischen im Preise steigen werden.

Der Speckzoll.

Ueber den neuen Speckzoll urteilt im „Verl. Tagebl.“ ein Fachmann:

Speck, ein Hauptnahrungsmittel der armen und ärmsten Volksschichten, war schon jetzt mit dem hohen Zollsaße von 20 M. pro Doppelcentner, also 10 Pf. pro Pfund, belegt, nunmehr soll diese Zollsteuer nahezu verdoppelt und auf 17 1/2 Pf. pro Pfund gebracht werden.

Der Preisstand des Artikels stellt sich, wie folgt: Geräucherter fetter Speck von hiesigen Landtschweinen wird hier von den Fleischereien dem Publikum mit 60 Pfennig pro Pfund angeboten.

Amerikanischer Speck in gleicher Stärke und Qualität kostete bei den verschiedenen Ausschauungen im letzten Jahre 87 bis 43 Mark pro Centner transitio cif Seeplat, durchschnittlich also 40 Mark in rohem Zustande. Hierzu kommt gegenwärtig nun der hohe Zoll (10 Mark pro Centner), Fracht, Untersuchungsgebühr und Häuherkosten, zusammen 17 Mark pro Centner, so daß sich geräucherter fetter amerikanischer Speck für den Importeur auf 57 M. pro Centner stellt. Der Artikel bietet also schon heute nur einen geringen Verdienst und ist nicht viel billiger als deutscher Speck. Nun soll der ausländische Speck noch mit weiteren 7 1/2 Pfennig pro Pfund übersteuert werden. Das ist eine Steuer, die fast lediglich die ärmsten Kreise der Industrie-Arbeiter treffen würde, die sie gerade jetzt am wenigsten bezahlen können. Der einheimische Speck wird natürlich nicht zögern, diese Aufwärtsbewegung im Preise mitzumachen.

Interessentenhader.

Die mittlere Linie des Zolltarifs besteht darin, daß man jeder kapitalistischen Interessentengruppe aus Kosten des konsumierenden Volks ihre Forderungen bewilligt hat. Damit hat man aber teilweise die ärgsten Gegensätze veranlaßt. So hat man der Lederindustrie eine kolossale Erhöhung der Schutzzölle zugestanden, auf der andern Seite aber — einem agrarischen Wunsch gemäß — einen Zoll auf das zur Gerberei notwendige Quebrachholz zugestanden. Darob große Erregung in der Lederindustrie. Schweinburg weist darauf hin, daß, während die Lederindustrie sich zu einem Verzugszölle aufgestellt hat, welcher jährlich für 400 bis 500 Millionen Mark Ware erzeugt und davon für 70 bis 80 Millionen Mark und mit der Lederwaren-Industrie zusammen für 120 bis 150 Millionen Mark aus dem Ausland ausführt, die Bewirtschaftung des deutschen Eigenschulwaldes, der überhaupt jährlich nur für 12 bis 15 Millionen Mark Ware erzeugt, den modernen Anforderungen, trotzdem sie von 1879 bis anfangs der neunziger Jahre durch den Gerberzölle in Höhe von 10 Proz. des Wertes der Ware geschützt war, durchaus nicht gerecht geworden ist. Wollte die deutsche Lederindustrie nicht bloß auf dem heimischen Markte, sondern auch auf dem ausländischen gegen die fremde Konkurrenz auskommen, so mußte sie zur Verbrennung mit überreifeisen Gerbstoffen, von denen der bedeutendste das Quebrachholz ist, übergehen. Und nun soll die technische Entwicklung eines der bedeutendsten Industriezweige gehemmt werden? Die deutsche Lederindustrie wird versuchen, bei den Einzel-Regierungen eine Befreiung dieser Zollsaße durchzusetzen. Der Centralverein der deutschen Lederindustrie bereitet entsprechende Schritte vor.

Centrum und Wuchertarif.

Aus Krefeld wird uns geschrieben: Im Wahlkreise Krefeld, der Domäne des Dr. C. Wagem, waren in letzter Zeit von verschiedenen Seiten Protestversammlungen gegen die Erhöhung der Getreidezölle eintreten worden. Da diese Protestversammlungen, besonders die von unserer Seite eintretenen, in denen Genosse Rollenbubler referierte, sehr stark besucht waren, wurde es der örtlichen Centralleitung doch etwas deklommen, und so luden sie denn Wagem ein, um seine und die Stellung des Centrum zu der geplanten Erhöhung der Getreidezölle zu erläutern. Diese Versammlung fand am 22. Juli in dem größten Saal Krefelds statt und war von 15—1800 Personen besetzt. Genosse Wollers hatte vorher schon schriftlich angekündigt, ob eine freie Diskussion statthände, was vernimmt wurde. Trotzdem hatten sich eine große Anzahl Genossen und auch sonstiger Gegner eingefunden. In einer etwa zweistündigen Rede legte Wagem den Standpunkt des Centrum zu der geplanten Erhöhung der Zölle klar. Er forderte von den Anhängern des Centrum, besonders von den Industrie-Arbeitern, daß sie zu den Vertretern des Centrum das Vertrauen haben, daß dieselben nur ihr Bestes wollen. Die Erhöhung der Getreidezölle sei eine unbedingte Notwendigkeit. Auch müssen alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Zöllen belegt werden, um der Not des Bauernstandes in etwas abzuhelfen. Es sei eine Lüge der Socialdemokratie, wenn sie behauptet, die Kleinbauern und die ländlichen Arbeiter hätten keinen Vorteil von den Zöllen. Im übrigen aber trage das Ausland hauptsächlich den Zoll und es wäre doch für den Arbeiter vorteilhaft, wenn durch die Zoll-erhöhung der Landwirt konsumfähiger werde und dadurch eine an-

haltende gute Konjunktur mit steigenden Löhnen eintrete, wenn auch der Arbeiter vielleicht 10 Pf. täglich mehr an Brot ausgeben.

Einen netten Witz leistete er sich dadurch, daß er den Krefelder Weibern vorpiegelte, die 25 000 Grundbesitzer wären durch die Erhöhung der Getreidezölle in der Lage, bedeutend mehr Sammet und Seide für Frau und Tochter zu kaufen, und nach einem solchen erhöhten Inlandskonsum wäre die Krefelder Industrie nicht mehr so auf den Export angewiesen. Zu dem vom Reich-Anzeiger veröffentlichten Postariff übergehend, bemerkte er, daß er ihn in seinen einzelnen Positionen noch nicht geprüft habe. Aus seinen Ausführungen ging aber hervor, daß er und mit ihm das Centrum bereit sind, eventuell noch für höhere Zölle einzutreten. Dies ging auch aus der späteren Diskussion hervor, als nämlich der Vorsitzende des Centralverbands christlicher Tagelöhner, Schiffer, meinte, an dem Tarif hätte er sonst nichts anzusetzen, als daß das Fleisch besteuert werde, erwiderte Wagem, das sei eine unbedingte Notwendigkeit. Um die christlichen Arbeiter zu beruhigen, erklärte er dann nochmals, der Zoll werde zum größten Teil vom Ausland getragen und hat wieder um das Vertrauen der Wähler.

Ueberhaupt ging, wie bemerkt, aus der ganzen Rede Wagens deutlich hervor, daß das ganze Centrum nicht nur für die vorgeschlagenen Zölle zu haben sein wird, sondern daß es auch das Herz fände, noch mehr zu bewilligen, wenn es verlangt würde.

Der Pastor A. D. Köpcke, welcher nach längerer Verhandlung auf 10 Minuten das Wort erhielt, erwiderte dem Wagem, daß das Centrum noch nie in Wort oder Schrift für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter eingetreten sei, und nur dadurch könne die Lage derselben verbessert werden. Köpcke stellte sich der Sohn eines Landwirts und als Besitzer eines Guts von 40 Morgen vor und widerlegte zahlenmäßig die Behauptung Wagens, daß Besitzer von derartigen Bauernhöfen einen Vorteil von den Zöllen hätten. Statt dieses sachlich zu widerlegen, ließ nun Wagem in seinem Schlussworte eine Schimpfkanonade gegen die Socialdemokratie, welche die Börse beschütze, vom Stapel. Denn nur die Börse und die Großkapitalisten hätten Vorteile von niedrigen Getreidepreisen, und die Socialdemokraten betrieben deshalb mit ihren Protesten nur die Geschäfte der betreffenden Leute. Für und kann es nur von Vorteil sein, daß Wagem sich in seiner Rede vollständig mit den Agrariern einverstanden erklärt hat, und es ist nun die Aufgabe, die Arbeiter Krefelds über eine solche Stellungnahme und die Bedeutung der Zölle aufzuklären.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juli.

Der Zweif der Hunnenprozesse.

Merkwürdig verschiedene Zwecke scheint der preussische Kriegsminister mit seinen Hunnenprozessen zu verfolgen. Während er den „Vorwärts“ nur wegen formaler Verleumdung bestraft wissen will, hat er unser Frankfurter Partei-Organ aus einem ganz andren Grunde verfolgt.

In Frankfurt hat am Montag der erste Hunnenbrief-prozess stattgefunden. Zur Anklage stand jenes besonders widerwärtige Schreiben, das seiner Zeit von der Khatipresse und auch im Reichstag als Fälschung des „Vorwärts“ behauptet worden ist. In dem Briefe rühmte sich der China-krieger der Wädchenschändung, Gelderpressung usw. In Frankfurt a. M. hatte sich wegen Abdrucks dieses Briefes Genosse D. Quard zu verantworten. Ueber die Verhandlung berichtet die „Volksstimme“:

„Nachdem der betreffende Briefabdruck nebst Kommentar der „Volksstimme“ verlesen ist, erklärt der Angeklagte, daß der Verteidiger in der Lage sei, das Original des Briefes vorzulegen. Mit der Behauptung und dem Abdruck des Briefes sollte bezweckt werden, unsern moralischen Widerwillen gegen solche Thaten in China zu bekunden; eine Beleidigung habe ihm vollständig fern gelegen. Uebrigens hatten ja auch bürgerliche, sogar rechtsstehende Zeitungen derartige Briefe und Urteile veröffentlicht. Der Brief wird dem Vorsitzenden von dem Verteidiger Dr. Löwenthal überreicht. Der Angeklagte erklärt noch auf eine Frage des Vorsitzenden nach dem Couvert des Briefes, dieses sei absichtlich nicht überreicht, um dem Abdrucker des Briefes keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Aber der Abg. Webel würde bezeugen können, daß der Brief thatsächlich von einem China-kämpfer herkäme. Der Vertreter des Staatsanwalts bittet, zuerst über die Vernehmung Webels zu beschließen. Es komme dem Kriegsminister nur darauf an, den schuldigen Soldaten zu ermitteln; solche Schmähdartikel dürften nicht anonym in die Welt gehen. Der Verteidiger erwidert, daß sein Verlangen nur ein eventuelles sei, da es doch nicht Sache des Gerichts sein könne, für den Kriegsminister Untersuchungen anzustellen. Er und sein Mandant meinten, das Gericht könne nur mehr wohl von der Echtheit des Briefes überzeugt sein und in der Anklage wegen Verleumdung entscheiden. Genosse Dr. Quard schließt sich dem an und erhebt gegen die Behauptung des Staatsanwalts bezüglich „anonymer Schmähdartikel“ Widerspruch. Wenn ein Redacteur dafür mit seiner Existenz eintrete, könne davon nicht die Rede sein. Außerdem seien doch zur Ermittlung des Briefschreibers nicht mehrere Prozesse gegen mehrere Zeitungen, wie in diesem Fall, nötig. Der Kriegsminister bestreite sonst Handhaben genug zur Ermittlung. — Das Gericht zieht sich zurück und verklärt nach längerer Beratung den Beschluß, daß der Abg. Webel in Berlin durch beauftragten Richter nicht bloß darüber vernommen werden soll, daß er wisse, der Brief rühre von einem China-krieger (so hatte der Antrag der Verteidigung gelautes), sondern darüber hinaus auch darüber, wer der Briefschreiber und seine Angehörigen seien. Dann wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Als der Herr Kriegsminister wünscht nur mittels der Prozesse die Absender der Briefe zu ermitteln, um an ihnen ein Exempel zu statuieren. Damit wird aber, anstatt daß vor bürgerlichen Gerichten in aller Oeffentlichkeit die Wahrheit über die Kriegsführung in China festgestellt wird, die Frage vor das Geheimverfahren der militärischen Gerichte verschleppt und so verzögert.

Hat der Kriegsminister keine Empfindung dafür, daß, falls auf diese Weise die große Prozeffaktion abgeleitet werden sollte, jeder Urteilsfähige daraus schließen wird: Das Hunnentum sei doch traurige Wahrheit gewesen? —

Die Generalrats-Wahl.

Paris, 29. Juli.

Die Ergebnisse der 92 Stichwahlen sind bereits bis auf vier bekannt. Und zwar werden diesmal die radikalen und linksradikalen Ergebnisse in der amtlichen Statistik gesondert von den „republikanischen“ angeführt. Da inzwischen auch die Ergebnisse des ersten Wahlgangs vom Ministerium des Innern im gleichen Sinne gesondert wurden, so läßt sich erst jetzt einigermaßen ein Uebersicht gewinnen. Danach wurden in den 88 Stichwahlen gewählt: 44 Radikale und linksradikale, 22 „Republikaner“ (meist wohl Melinisten), 11 Socialisten, 7 Monarchisten, 3 Nationalisten und 1 Radikaler.

Das Gesamtergebnis der beiden Wahlgänge: 558 „Republikaner“, 547 Radikale und linksradikale, 89 Socia-

listen (nach den berichtigten Zahlen hätten die Socialisten in der Hauptwahl nur 28, nicht 33 Sitze behauptet beziehungsweise gewonnen), 217 Monarchisten, 29 Nationalisten und 56 Radikale.

Im Vergleich mit dem früheren Bestande stellen sich Gewinne und Verluste wie folgt: „Republikaner“ 77 Verluste, Radikale und linksradikale 137 Gewinne, Socialisten 14 Gewinne, Monarchisten 48 Verluste, Radikale 13 Verluste, Nationalisten 4 Gewinne.

Diese Zusammenstellung kann zwar keinen Anspruch auf Genauigkeit machen, im großen ganzen aber weist sie immerhin eine Verschiebung nach links auf, die zwischen 100 und 150 Mandaten schwanken mag bei einer Gesamtzahl von 1450 Mandaten.

Im einzelnen ist am beachtenswertesten der Ausfall der Stichwahlen in Lille. Dort bildeten die Radikalen das Jünglein der Wage im Kampfe zwischen den Guesdisten und den Ordnungsparteilern. Es handelte sich um vier bisher von unsren Genossen innegehabte Mandate. Und das Resultat? Nur ein einziges Mandat wurde behauptet, wobei nicht festzustellen ist, ob die Hilfe der radikalen Wähler ausschlaggebend war oder auch nur überhaupt in Betracht kommt, denn der gewählte Socialist hat in der Stichwahl weniger Stimmen gewonnen als der unterlegene Ordnungsmann. Von den übrigen drei socialistischen Mandaten, darunter dasjenige des Bürgermeisters Delory, sind zwei an die Ordnungsparteiler mit der unzweifelhaften Hilfe der Radikalen verloren gegangen und eines an die Radikalen mit Hilfe des Ordnungsparteilers. Im letzteren Falle hatte der Radikale ausdrücklich an „alle wahren Republikaner, Freunde der Ordnung und der Freiheit“ appelliert! . . .

So besorgten die linker Radikalen die vom „Exekutivkomitee“ der neugegründeten „radikalen Partei“ ausgegebene Stichwahl-Parole: „Dem reaktionären Ring der Freunde des Herrn Meline, der Clerikalen, der Antisemiten, der Nationalisten und der Anhänger des gefallenen Regime muß der Ring aller demokratischen Kräfte entgegengesetzt werden. . . Der in der Hauptwahl am meisten begünstigte Kandidat muß der einzige Kandidat aller Republikaner bleiben.“ . . .

Die linker Radikalen suchten im voraus schon Verrat am „Ring aller demokratischen Kräfte“ durch die Wahltaktik der Guesdisten zu entschuldigen, die angeblich die Radikalen besonders heftig bekämpft hätten. Die Wahrheit ist, daß im hochindustriellen Norddepartement mit seiner starksocialistischen Organisation für eine bürgerliche Mittelpartei kein Platz mehr da ist. Alles, was bürgerlich ist, muß sich dort auf Seiten des clerikal-monarchistisch-melinistischen Ordnungsparteilers schlagen, in dem Maße wie die socialistische Organisation erstarrt. Der Radikalismus scheint dort auf das Niveau des deutschen „Freisinn“ herabgesunken zu wollen.

Anderwärts haben die Radikalen den Socialisten zum Siege verholfen, wie umgekehrt in zahlreicheren Fällen Radikale mit socialistischer Hilfe gewählt wurden.

Auf diese Weise ist u. a. der melinistische Abgeordnete Lafferre von einem Radikalen und der melinistische Abgeordnete Fleury-Rabarin (Lyon) von einem Socialisten verdrängt worden.

In Lyon sind übrigens die Ordnungsparteiler auf einem Versuch der Wahlkorruption erwischt worden, der ihnen in der Stichwahl fatal werden mußte. Einer ihrer Kandidaten suchte den Guesdisten Darne um bares Geld zur Aufrechterhaltung seiner Kandidatur in der Stichwahl zu bestimmen, um so die Niederlage des Radikalen herbeizuführen. Dafür sollte Darne 3000 Franken als Fixum bekommen nebst einer „Prämie“ von 2 Francs pro jede Stimme, die er über die von ihm in der Hauptwahl erzielte Stimmzahl hinaus erhalten würde. Unser Genosse ging scheinbar auf den Handel ein — und zur entscheidenden Besprechung, in deren Laufe alles schriftlich abgemacht werden sollte, lud er die Vertreter der republikanischen Organisationen nebst einem Gerichtsvollzieher ein, die aus einem Versteck dem perfekt gewordenen Korruptionsgeschäft beiwohnten. . . Die ganze Besprechung nebst der schriftlichen Verpflichtung des Bestechers wurde dann vom Beamten aufgezeichnet und beglaubigt und von unseren Genossen in Lyon als Plakat angehängt.

Von den Bezirksratswahlen ist bisher nur bekannt, daß die „Republikaner“ 103 Sitze gewonnen haben. —

Deutsches Reich.

Mehr als täglich ist die Art, wie die „Freisinnige Zeitung“ die Remeler Schmach von sich und ihren Namen im Remeler Wahlkreise abzuwaschen sucht. Sie schreibt:

„Der Ausfall der Stichwahl in Remel-Gendeburg beantwortet der „Vorwärts“ mit einem wütenden Schimpfartikel auf die freisinnigen Wähler, der auch nicht die Spur einer Erkenntnis der wahren Sachlage verrät. Der Ausfall der Stichwahl in Remel war vorherzusehen, nachdem die Socialdemokratie in die Stichwahl gelangt war. In Wahlkreisen mit einer weniger ländlichen Bevölkerung und einer starken konservativen und agrarischen Partei ist eine Verlegung der letzteren nur möglich durch einen Kandidaten, der zwischen der konservativen Partei und der Socialdemokratie steht. Gelangt dagegen die Socialdemokratie in die Stichwahl, so wird die in der Mitte stehende ausgefallene Partei, auch wenn die Führer eine bestimmte Parole kategorisch ausgeben, niemals geschlossen für den Socialdemokraten oder für den Konservativen stimmen, sondern sich teils der Abstimmung enthalten, teils geteilt stimmen. Socialdemokratische Kandidaten haben nur dann Aussicht, in der Stichwahl zum Siege zu gelangen, wenn sie schon bei der Hauptwahl nahezu an die absolute Mehrheit gelangt sind. Das war in Remel nicht entfernt der Fall. Dazu kommt, daß in dem Maße, wie die Socialdemokratie vor der Hauptwahl den Klaffungsreiß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber in dem Wahlkampf führt, sie in demselben Maße es den Arbeitgebern bei der Stichwahl erschwert, für ihren Kandidaten einzutreten, auch wenn akute Interessen der Gesetzgebung dazu auffordern. . . Während die Socialdemokratie zum Kampfe gegen Brotwucher und Lebensmittel-Verteuerung ansetzt, verabschuldet gerade sie in der geschilderten Weise durch ihren blinden Parteitanatismus eine Zusammenlegung des Reichstags, welcher einer solchen Zollpolitik mehr Vorschub leistet, als alle ihre Agitationen zusammengenommen derselben Abbruch thun können.“

Die „Freisinnige Bz.“ macht also nicht einmal den ja freilich vergeblichen Versuch, zu bestritten, daß ein großer Teil ihrer Wähler direkt für den Kandidaten des Brotwuchers und des Zollkriegs gestimmt haben. Sie giebt diese Schmach in vollem Umfange zu.

Zur Beschönigung dieses jämmerlichen Principienverrats macht sie sich lediglich eine famose Stichwahl-Philosophie zurecht, wonach es eine Art politischen Kathisese sei, daß die in der Mitte stehende ausgefallene Partei sich teils der Abstimmung enthalte, teils geteilt stimmen müsse. Dies wunderliche Geseh mag aus der

Naturgeschichte des Freisinn abstrahiert sein, auf zernst zu nehmende Parteien beansprucht es keine Geltung. Wemert doch selbst die „National-Zeitung“: „Sicher ist es, daß es der Rechten nicht gelungen wäre, den Wahlkreis zu behaupten, wenn an Stelle des Socialdemokraten der Freisinnige in die Stichwahl gekommen wäre.“ Daß die freisinnigen Stimmen sich teilten, liegt lediglich an der systematischen Korruption der Freisinnwähler durch die Freisinn-Pressen und die politische Leitung. Auf das sonstige kindische Gelächel wollen wir auch diesmal wieder ein „Frankfurter Zeitung“ schreiben: „Der bei der Reichstags-Verfassung in Remel-Heubekung im ersten Wahlgang erzielte Erfolg ist in der Stichwahl leider nicht festgehalten worden, nicht etwa, weil die Stimmung der Wählerschaft umgeschlagen wäre, sondern lediglich, weil das Wahlbewußtsein eines großen Teils der freisinnigen Wähler nicht stark genug war, um das allgemeine Interesse über kleinliche persönliche Rücksichten zu stellen.“

Die liberalen Vertrauensmänner des Wahlkreises ließen sich lediglich von ihrer persönlichen Empfindlichkeit leiten und zeigten für die großen Gesichtspunkte gar keinen Sinn: statt einer Aufforderung an die freisinnige Wählerschaft, Mann für Mann dem socialdemokratischen Gegner hoher Lebensmittelpreise die Stimme zu geben, statt der Verstärkung der Wahlarbeit, um den Protest gegen die Brotwucherpolitik zum endgültigen Siege zu führen, einschlossen sich diese freisinnigen Männer für — Stimmeneinkauf und Überlieferung an dem Einzelnen, zu thun und zu lassen, was er für gut halte. Das war ein Verrat an der guten Sache, wie er nicht schmälicher gedacht werden kann, und dieser Verrat konnte nicht schlimmer gebrandmarkt werden, als durch das Lob, das er im agrarischen Lager fand. Dieser angeblich entschiedene Freisinn hat schände die Fahne im Stich gelassen, die er vorher aufgezogen hatte. Bezeichnenderweise hatte die Berliner Parteileitung nicht ein Wort des Tadelns für diese Fahnenflucht; das offizielle Parteiorgan wußte nur von der persönlichen gegenseitigen Kampfesweise der Socialdemokraten zu berichten, also das Treuen hervorzuheben, fand aber nicht ein Wort, um die freisinnigen Wähler auf ihre Pflicht hinzuweisen, und auch die freisinnigen Blätter Ostpreußens sind mit einer einzigen Ausnahme nicht über Verlegenheitsreden hinausgekommen. Es ist um so schlimmer, daß der Freisinn sich bei der Schlussentscheidung so schmälicher seiner politischen Pflicht entlassen hat, während sogar nationalliberale Blätter die Konsequenzen der politischen Lage besser zu würdigen wußten.

Von anderer bürgerlicher Seite wird übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß der „Freisinn“ bereits im Jahre 1898 in Duzenden von Fällen den agrarischen Brotwuchererenden Sieg in die Hände gespielt hat, trotzdem sich damals für den kläglichen Verrat nicht einmal die schale Ausrede aufbringen ließ, daß die socialdemokratische Kampfesweise einen persönlich gebührenden Charakter getragen habe. Für den Freisinn ist die schämliche Fahnenflucht und der Prinzipienverrat in der That ein Naturgesetz.

Wahlenthaltung für die Duisburg-Mülheimer Stichwahl
proklamierte eine am Sonntag abgehaltene Vertrauensmänner-versammlung der socialdemokratischen Partei des Wahlkreises. Der Offener „Werk“ motiviert diesen Beschluß wie folgt:

Wir brauchen nicht nach dem kleineren Uebel zu fragen, denn wir könnten nur wählen zwischen zwei großen Uebeln. Von diesen großen Uebeln könnte nur das Centrum als das größte bezeichnet werden. Gewiß, Dr. Deumer ist ein Schatzmacher, und offen hat er sich als socialpolitischen Dremser bekannt. Schließlich hat er aber das nur offen ausgesprochen, was auch die Centrumsmänner im Innersten ihres Herzens erkennen. Sie thun allerdings zuweilen etwas andres, aber das geschieht wider Willen, weil man den Wählern unbedingt Konzessionen machen muß. Unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit sucht die Partei der Dunkelmänner die Wähler über das „Erreichbare“ zu beschwindeln als bestes Mittel, die liberale Herrschaft zu sichern. Und diese Herrschaft erstrebt die vollständige Anechtung der Geister. Das Ziel des Liberalismus ist die unbeschränkte Herrschaft in der Schule. Unsere Kinder sollen den Geisteskräften ausgeliefert werden, um daraus geistig willenslose, der liberalen Gewalt sich unbedingt fügende Kreaturen zu erzeugen. Das ist die im Dunkeln schleichende Gefahr, und vor dieser sei gewarnt, sie ist schlimmer als ein bißchen Gewaltpolitik. Gerade die nationalliberale Gewaltpolitik hat das Centrum stark gemacht, und der Socialdemokratie als solcher hat das Socialistengesetz nicht geschadet. Man kann doch wirklich nur von politischen Narren erwarten, dem Centrum, welches die geistige Anechtung erstrebt, die zweifellos viel gemeinschädlicher ist wie Gewaltpolitik, als Steigbügel zu dienen. Die Anechtung der Geister ist für die Arbeiterklasse viel gefährlicher, hier wirkt das Gift im Geheimen, dagegen brutale wirtschaftliche Unterdrückung wird von jedem empfunden und ein geistig reges, nicht unter liberaler Herrschaft geistig entmanntes Volk ist schon in der Lage, die schmerzhaften Wunden zu stylen, daß sie nicht in den Himmel wachsen. Wir können daher, unter Berücksichtigung aller Umstände, nichts Besseres thun, als die Gegner unter sich lassen und strikte Wahlenthaltung beobachten.

Eine chinesische Mauer auf dem Wasser. Wegen der Einholung des Grafen Waldersee ist, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Hamburg gemeldet wird, laut Verfügung der Schleswig Regierung während der Anwesenheit des Kaisers am 10. und 11. August der Verkehr auf der Elbe von Hamburg bis Glückstadt dreißig Stunden gesperrt.

Wodurch der Schaden, den der Nachzug angerichtet, noch um einiges vermehrt wird.

Ein China-Inserat. Wir erhalten von der Firma Ludwig Glent, Inh. Max Heppner, Kunst- und Antiquitäten-Handlung, die folgende merkwürdig aufgeregte Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“

Hier.
Bezüglich Ihrer Besprechung meines „China-Inserates“ bemerke ich Ihnen: Wer überall und insbesondere bei politischen Gegnern, Gemeinheiten vermutet und sucht, der wird auch an meinem Inserat irgend etwas tadeln oder verdächtigen können. Außer Ihnen und der „Wiener Zeit“ hat das bisher niemand unternommen. Sie verdächtigen mich, ohne mich zu kennen und verdächtigen die Leser des betreffenden Blattes. Wie man ein solches Verfahren bezeichnet, das wissen Sie selbst.

Ludwig Glent
Inhaber: Max Heppner.

Herr Max Heppner hat in seiner Aufregung und über dem Schimpfen das wichtigste vergessen, nämlich die Frage zu beantworten: Was hat er sich dabei gedacht, als er bei den Lesern des „Vorwärts“ wochenlanges voraussetzte, daß sie Chinawaren zu verkaufen hätten. Bisher hatten die Leser des genannten Organs höchstens Pferde zu verkaufen — aber Chinawaren???

Wir hoffen, daß und Herr Max Heppner, den wir nicht zu kennen allerdings die Ehre haben, auf diese Frage in einem zweiten inhaltsreicheren Schreiben klare Auskunft giebt.

Armenunterstützung für die Strohdachkinder. In dem an den Reichsanwalt gerichteten Donatschreiben des Vorsitzenden der ständigen Kommission des Landes-Delegationen-Kollegiums für die staatliche Notstandsversorgung wird u. a. der Dank dafür ausgesprochen, daß in den Notstandsbezirken Westpreußens und Posen den Kreisen zur Beschaffung von Saatgut, Futter-

mitteln und Düngstoffen aus Staatsfonds unterzinsliche, nur in der Höhe von 85 Prozent rückzahlbare Darlehen überwiesen worden sind. Diese Maßregel ist ganz besonders in Verbindung mit der Bereitstellung eines Fonds zur darlehensweisen Bewässerungbarer Mittel an die am meisten geschädigten Landwirte sehr wohl geeignet, wirksame Hilfe zu gewähren.

Wenn die Unterstützung für je 100 M. eines empfangenen Darlehens nur 85 M. zurückzahlen haben, so werden ihnen damit 15 M. auf je 100 M. geschenkt. Es wird ihnen also ein Almosen, eine Armenunterstützung gewährt. Daß arbeitslosen Proletariats schon je eine derartige außerordentliche Unterstützung gewährt worden wäre, ist nicht bekannt geworden. Aber die „Volks-Zeitung“ weist noch auf einen andren Punkt hin, darauf nämlich, daß dies Almosen zweifellos den Charakter der Armenunterstützung trage, die nach dem Wahlgeseß das Recht auf habe.

„Es wäre lobenswert“, bemerkt das Blatt, „festzustellen, ob unter den agrarischen Wählern, die am letzten Sonnabend Herrn Maack mit freisinniger Hilfe das Mandat für Remel-Heubekung verschafft haben, sich Empfänger einer solchen Armenunterstützung befanden haben, die ihr Wahlrecht unberechtigterweise ausübten.“

Die Krise. Aus dem Industriebezirk wird uns geschrieben: Laut Beschluß des Ausschusses wird das Stabeisenwalzwerk der „Styrmer Eisenindustrie“ wegen Arbeitsmangel zum 1. Oktober gänzlich still gelegt. Ueber 400 Arbeiter werden dadurch betroffen. Auf den Zeichen werden Feierschichten in immer größerer Umlänge eingelegt. Um zu sparen, trifft das besonders solche Orte, wo die Kohle schwer zu gewinnen ist — daher läßt man an anderen Stellen Ueber-schichten arbeiten. Ueber-schichten — Feierschichten, — göttliche Weltordnung.

Im Köller. Aus Straßburg i. E. wird uns vom 28. Juli geschrieben: Eine Versammlung der elsass-lothringischen Reichstags-Abgeordneten, in der zu der geplanten Ernennung des Herrn v. Köller zum Staatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen an Stelle v. Puttlamers Stellung genommen werden sollte, hat gestern abend stattgefunden. Anwesend waren die liberalen Abgeordneten Delfor, Hauß, Wetterlé, die Liberalen Dr. Riff, Schlumberger, de Schmid und der Reichsparteiler Dr. Höffel. Von den übrigen Deputierten waren Entschuldigungsschreiben eingegangen. Als Resultat ihrer Besprechungen veröffentlichten die Herren heute die folgende Erklärung:

„Die erschienenen Abgeordneten waren einstimmig der Meinung, daß die Regelung der Personenfrage außerhalb ihrer Zuständigkeit liege, da die Ernennung eines Staatssekretärs ausschließliches Recht der Krone sei. Das Volk und seine Vertreter werden den Nachfolger von Herrn v. Puttlamer lediglich nach seinen Thaten zu beurteilen haben.“

Auch in den Briefen der nicht anwesenden Abgeordneten kamen dieselben Gedanken mehrfach zum Ausdruck. Die ganze Aktion ist damit, wie vorausgesehen war, ins Wasser gefallen. Interessant wäre es, zu erfahren, wie sich der Abgeordnete des Kreises Dagenau-Weißenburg, Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der Sohn des kürzlich verstorbenen Altreichskanzlers und Bezirkspräsident des Oberelsaß, zu der Angelegenheit geäußert hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er die Zusammenkunft aus denselben Gründen, mit denen deren Teilnehmer ihr Abschieben von weiteren Schritten gegen die Ernennung Köllers motivieren, von vornherein für eine überflüssige Zeitverschwendung gehalten. Trotz alledem dürfte schon die bloße Thatsache des von den reichsständischen Volksvertretern zur Abwendung der Köllergefahr unternommenen, außerordentlichen Schrittes hinreichen, um das Renommee zu charakterisieren, in dem Köller von seiner Thätigkeit als reichsständischer Polizeiminister her steht. Man braucht in dieser Hinsicht nicht, wie die Herren Abgeordneten meinen, erst seine neuen Thaten abzuwarten, um den Herrn beurteilen zu können.

Ausland.

Belgien.

Repräsentantenkammer. Der liberale Vöhl beantragte am Dienstag wegen der schwachen Belegung des Hauses Vertagung bis Donnerstag. Als der Präsident es ablehnt, über den Antrag abstimmen zu lassen, protestieren die Anwesenden dagegen durch Rufen und Klappen mit dem Pulddedel, so daß der Präsident und Redner unverständlich bleiben. Ein Socialist stimmt die Arbeitermarxisten an, die Linke begleitet durch Schlägen auf die Pulddedel, der Lärm dauerte fort, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Italien.

Rücktritt des Finanzministers? Aus Rom wird gemeldet: Infolge der Ablehnung des neuen Steuer-Reformprojekts seitens des Ministerrats wird wahrscheinlich der Finanzminister seine Demission geben und das Finanzportefeuille interimistisch vom Schatzminister übernommen werden.

Man wird weitere Nachrichten abwarten müssen, bevor man sich ein Urteil über die Situation im Ministerium zu bilden vermag. Ramentlich wird man erst näheres über das Reformprojekt des Finanzministers Wolleberg erfahren müssen. Die Ablehnung fortschrittlicher Reformen durch den Ministerrat mußte um so mehr überraschen, als der einflussreiche Minister des Innern, Giolitti, als den Hauptteil seines Programms eine durchgreifende Steuerreform mit Einführung der progressiven Einkommensteuer bezeichnete.

Amerika.

Glänzendes Ernte-Ergebnis in Kanada. Wie das Reutersche Bureau“ erfährt, sind den amtlichen Depeschen zufolge, die der Oberkommissar für Kanada in London erhielt, die Ernte-Erträge dieses Jahres in Kanada ohne Beispiel in der Geschichte dieses Landes. Während alle älteren Provinzen guter Ernte-Aussichten sich erfreuen, bringt in Manitoba und den nordwestlichen Gebieten Ertrag und Wert der Ernte dieses Jahres Kanada an die Spitze der weizenbauenden Länder der Erde. Die letzten Telegramme aus Kanada belegen, daß das Land von der großen Hitze nicht heimgegriffen wurde, welche die Ernte der westlichen Vereinigten Staaten so schwer beschädigt hat.

Vuencos Aires, 29. Juli. Der Kongreß hat der Aufhebung des Belagerungszustandes zugestimmt.

Der Boeren-Krieg.

Protest gegen die Depeschen-Censur.

Die Direktoren der Londoner Depeschen-Agenturen hielten am Montag eine Versammlung ab und sandten an Staatssekretär Brodrick eine Note, in der mitgeteilt wird, daß es unmöglich sei, die „Daily Mail“ zu verhindern, die amtlichen Nachrichten über den südafrikanischen Krieg zu erhalten. „Daily Mail“ veröffentlicht auch heute sämtliche amtlichen Nachrichten über Südafrika.

Ein neuer Boerenangriff.

Aus Dundee wird berichtet: Ein Gefecht fand 20 Meilen nördlich von Rangatate statt, wo eine schwache englische Kolonne von 400 Boeren angegriffen wurde. Die Boeren wurden schließlich zurückgeschlagen. Die Engländer hatten vier Tote, darunter den Generalstabsoffizier Edgard. Die Verluste der Boeren sind nicht bekannt. Fünf Mann wurden gefangen genommen.

Boeren oder Engländer?

Die Tagedverluste-Liste

der Engländer umfaßt für den 29. Juli 2 Tote, 22 Verwundete und 10 an Krankheiten Verstorbene.

Das Gerücht von Kitcheners Rückkehr im Herbst

findet nach der „Frankf. Ztg.“ in England allgemeinen Glauben. Man wagt sich noch immer in dem Optimismus, daß bis dahin der Krieg beendet sein werde, eine Hoffnung, die sich allerdings nicht

mit der Thatsache in Einklang bringen läßt, daß die Boeren gerade jetzt wieder viel aggressiven Geist zeigen. Als wahrscheinlicher Nachfolger Kitcheners wird General Buller genannt. Buller ist ein Neffe des verstorbenen Gladstone und hat sich kürzlich in einer Rede dahin geäußert, die Aufgabe der nächsten Zukunft in Südafrika bestünde darin, die Boeren und Briten in Stand zu setzen, friedlich zusammenzulegen.

Sollte England sich trotz alledem mit der Absicht tragen, durch weitgehende Friedenskonzeptionen statt durch Waffengewalt den Krieg zu beendigen?

Der erbetene Reich-Brief eine Fälschung?

Londoner Sonntagsblätter veröffentlichten ein Interdiktiv mit der Gattin des Staatssekretärs Reiz, die sich augenblicklich in Scherben zerlegt und rumbewegt erklärt hat, daß die genannten Briefe einfach erfunden sind. Ihr Gatte würde niemals daran denken, sich in einer so kläglichen Weise über die Lage der Boeren zu äußern, wie er es nach den englischen Schwindelmeldungen gethan haben soll. Diese fingierte Korrespondenz sei von der britischen Regierung nur deshalb zurechtgefunden und vielleicht aus inhaltlich gefunden oder erbeteten wertlosen Papieren hergerichtet worden, um im englischen Volk die immer schwächer werdende Kriegslust und das weichende Interesse an der Vergewaltigung der Boeren wieder neu anzufachen und zu beleben. Sonst aber sei an der ganzen Geschichte kein wahres Wort, und Frau Reiz soll ausdrücklich erklärt haben, daß sie ihren Gatten zu gut kenne, um zu wissen, daß er niemals einen solchen Brief schreiben und an Votha senden werde.

In gleicher Weise wird in den letzten Meldungen die Fabel von der „beinahe erfolgten Gefangennahme des Präsidenten Steijn“ als solche gebrandmarkt, und diese an und für sich schon so ungläublich klingende Mär als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Steijn soll sich überhaupt gar nicht in Reiz befinden haben.

Eine Depesche des Generals Kitchener aus Pretoria vom 20. Juli besagt: Seit dem Bericht von den verschiedenen Truppenkörpern vom 22. Juli wurden 49 Boeren teils getötet, teils verwundet, 308 wurden gefangen genommen, 205 Wagen, 2700 Pferde und Vorräte wurden erbeutet. General Gilbert Hamilton übernahm das Kommando der Truppen in der Nähe von Wolmarans und erbeutete alle dort befindlichen Wagen; 21 Boeren wurden getötet. — General Bruce Hamilton berichtet, daß er Mjburghs Kommando in der Nähe von Daisiesport übernahm und 24 Boeren gefangen nahm, darunter Mjburgh selbst, der gefährlich verwundet wurde.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck findet am 8. und 9. September in Lübeck statt. Er befaßt sich lediglich mit geschäftlichen und organisatorischen Fragen.

Der Parteitag der Socialdemokratie Norwegens.

Am Donnerstagnachmittag wurde über das Budget der Partei beraten. Die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben für das kommende Jahr der Parteithätigkeit wurde auf 7000 Kronen festgesetzt, darin sind u. a. einbezogen: 1500 Kronen für Agitation, 1200 Kronen für Druckkosten, 500 Kronen für Vertretungskosten.

Darauf wurde über das Budget des Parteiorgans „Socialdemokraten“ für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1902 verhandelt. Der Referent wies auf Grund einer graphischen Darstellung nach, daß sich die finanziellen Verhältnisse des Blattes während der letzten 3 Jahre fortlaufend gebessert haben, und meinte, daß die Zeit nicht mehr fern sein könne, wo „Socialdemokraten“ nicht nur ohne Zuschüsse sich selbst erhalten könne, sondern auch noch Ueber-schüsse für die Partei abwerfen werde. Ein Antrag des Parteivorstands, den Abonnementpreis für die Abonnenten in Christiania von 60 Oere pro Monat auf 20 Oere pro Woche zu erhöhen und dafür eine wöchentliche Unterhaltungsbeilage zu liefern, wurde angenommen. — „Socialdemokraten“ Budget wurde in Einnahmen und Ausgaben auf 88 500 Kr. festgesetzt. An ordentlichen Einnahmen sind 72 500 Kr. aufgeführt; an außerordentlichen 14 000 Kr., wovon 5000 Kr. durch einen allgemeinen Opfertag, an dem jedes Parteimitglied mindestens 50 Oere zum Vorteil des Organs spenden soll, aufgebracht werden sollen.

Die Freitagssitzung beschäftigte sich zunächst mit dem Antrag, den Namen der Partei „die norwegische Arbeiterpartei“ in „die socialdemokratische Partei“ abzuändern. Der Antrag wurde aber, weil die einzelnen Abteilungen noch nicht darüber diskutiert hatten, abgelehnt und die Namensänderung bis zum nächsten Parteitag verschoben.

Danach wurde über das Parteiprogramm beraten. Der Entwurf für das Hauptprogramm wurde nach kurzer Debatte in folgender Form angenommen:

„Die Grundursache der Armut, der geistigen und wirtschaftlichen Unterdrückung des Volkes und der sozialen Not erblickt die Partei darin, daß es zugelassen wird, daß die natürlichen Quellen des Reichtums (Grund und Boden, Erben), die Arbeits- und Verbrauchsmittel (Güter, Werkzeuge, Maschinen, Schiffe), die Materialien und Lebensmittel Eigentum des einzelnen werden und die Verteilung des Ertrages der Arbeit dem Interessenkampf der Individuen ohne Kontrolle der Allgemeinheit überlassen wird.“

Die norwegische Arbeiterpartei, die sich die wirtschaftliche Befreiung des Volkes zum Ziel gesetzt hat, erstrebt darum die Ueberwindung des Grund und Bodens, der Arbeits- und Verbrauchsmittel in das gemeinsame Eigentum des Volkes, die Uebertragung der Leitung der Produktion auf die Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit durch die Allgemeinheit, als eine Aufgabe der Gesellschaft.

In allen Ländern mit privatkapitalistischer Produktionsweise hat das arbeitende Volk die gleichen Interessen. Mit der Entwicklung des Weltverkehrs und des Warenverkehrs zwischen den Ländern wird die Stellung der Arbeiter eines Landes beständig von größerer Bedeutung für die Stellung der Arbeiter der andren Länder. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist deshalb nicht allein eine nationale Sache, sondern eine Aufgabe, die mit den Interessen der Arbeiter aller Kulturländer verknüpft ist. In dieser Erkenntnis erklärt „die norwegische Arbeiterpartei“, daß ihr Ziel mit den Bestrebungen der Arbeiter andrer Länder zusammenhängt.

Die ökonomische Unsicherheit und Unterdrückung, als Folgen der privatkapitalistischen Produktion, führen dazu, daß nicht nur die Interessen der Lohnarbeiter, sondern auch die Interessen aller minderbemittelten Handelsteile, Industriearbeiter und Landwirte mit den socialdemokratischen Bestrebungen zusammenfallen, und, indem die Partei für Gleichstellung der Bevölkerung ohne Unterschied des Geschlechts in Rechten und Pflichten kämpft, tritt sie als Repräsentant aller Unterdrückten für alle Forderungen ein, die geeignet sind, gesunde und harmonische Lebensverhältnisse herbeizuführen.“

Zu dem 2. Teil des Programms, der die verschiedenen Reformforderungen enthält, lagen mehrere Abänderungsvorschläge vor, die zu einer längeren Debatte führten.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter Verlust!

Wie wir gestern bereits mitgeteilt haben, hatten die Verhandlungen, welche neuerdings zwischen den ausgesperrten Tabakarbeitern Nordhausens und den Fabrikanten gepflogen worden sind, keinen Erfolg. Den Unternehmern kommt es vor allem darauf an, die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Jeder Arbeiter, der während dieses Kampfes oder auch sonst die Interessen seiner Kollegen vertritt, soll dauernd ausgesperrt, das heißt für immer brotlos bleiben.

Arbeiter! Mehr denn zuvor ist es jetzt eure Pflicht, für strengste Durchführung des Boykotts zu sorgen. Achtet darauf, daß kein Kantabak aus boykottierten Nordhäuser Fabriken gekauft wird. Nur so ist es möglich, die Unternehmer zum Nachgeben, zur Anerkennung des Koalitionsrechts zu zwingen.

Helft Euren Nordhäuser Arbeitsbrüdern zum Siege!

Berlin und Umgegend.

Der Vertrauensmann der Kürschner berichtet die gestern an dieser Stelle gebrachte, den Fall Wedemeyer betreffende Notiz dahin, daß neuerdings nicht die Mitglieder der ersten Schiedsgerichts, sondern die Gewerkschaft der Kürschner das erste Urteil in der Angelegenheit Wedemeyer als für sich maßgebend bezeichnet und daß für die genannte Gewerkschaft diese Angelegenheit damit erledigt ist.

Deutsches Reich.

Der Generalstreik der Flaschenmacher. Soviel aus den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ersichtlich ist, haben die organisierten Flaschenmacher am Sonnabend nahezu einmütig in allen in Frage kommenden Gütten die Arbeit niedergelegt. Einer Angabe der „Hamburger Nachrichten“ zufolge, sind in folgenden Fabriken die Arbeiter mit wenigen Ausnahmen nicht zur Arbeit erschienen: Flensburger Glasfabriken, Ernst Feldmann, Flensburg; Hannoverische Glashütte, Hainholz bei Hannover; Hein u. Dietrichs, Glashütte, Bergedorf bei Hamburg; Oskar Jöhnd, Glashütte, Wernsdorfen bei Stade; A. Rogershausen, Stadthagen (Sch. Lippe); Stralauer Glashütte A.-G., Stralau bei Berlin; Fabrik Metahütte, Rauscha, Ober-Lausitz.

Die Bemühungen der Fabrikanten, die Arbeiter zur Rücknahme der Kündigung zu bewegen, scheint demnach wenig Erfolg gehabt zu haben. Ueber die gegenwärtige Situation des Ausstandes geben die nachfolgenden Berichte aus einzelnen Hauptorten der Flaschenfabrikation eine Uebersicht.

In der Stralauer Glashütte (Berlin) legten sämtliche Flaschenmacher, 312 an der Zahl, die Arbeit nieder. Davon haben 226 Verheiratete ihre Fabrikwohnungen zu räumen. Sie sind jedoch bereits anderweit untergebracht bis auf 30. Da die Wohnungen erst am 2. August geräumt werden brauchen, so wird auch für diese noch rechtzeitig Unterkunft beschafft werden. Die Niederlegung der Arbeit am Sonnabend ist in vollster Ruhe und Ordnung geschehen und ist auch gar nicht erst von der Behörde Schutzmannschaft aufgebieten worden. Der Betrieb ruht vollständig und wird auch seitens der Direktion gar kein Versuch gemacht, Arbeitswillige heranzuziehen, da dies auch ganz aussichtslos wäre.

In den Flensburger Glasfabriken von Ernst Feldmann sind sämtliche 105 Arbeiter in den Generalstreik eingetreten. Bis Montagmorgen müssen die Fabrikwohnungen geräumt sein. Etwa 15 Familien haben noch keine Wohnung. Die Abblöhung wird den verheirateten Glasmachern bis zum ordnungsmäßigen Uebergeben der Wohnung vorenthalten.

Bei Hein u. Dietrichs in Bergedorf bei Hamburg erfolgte ebenfalls die einmütige Arbeitsniederlegung.

Auch in Gerresheim hat die Mehrheit der Arbeiter sich am Streik beteiligt. Seitens der Fabrikanten wird allerdings behauptet, daß hier 600 Mann stehen geblieben seien. Die Arbeiter bezeichnen diese Angabe als übertrieben und darauf berednet, im Publikum Stimmung gegen den Streik zu machen. Wie eifrig Herr Hehe in Gerresheim bemüht ist, unter den Arbeitern gegen den Streik zu wirken, dafür legt der Umstand Zeugnis ab, daß er, Herr Hehe, in eigener Person als Referent in einer Versammlung auftrat, die von etwa 250 Hilfsarbeitern und einigen Glasmachern besucht war. Es waren dies die getreuen Arbeitswilligen des Herrn Hehe, bei denen seine Versprechungen natürlich die gläubigste Aufnahme fanden. — In Gerresheim geht das Gerücht, daß das 30. Infanterieregiment in Düsseldorf Order habe, sich zum eventuellen Abmarsch nach Gerresheim bereit zu halten. Ein Grund, die Streikenden militärisch bewachen zu lassen, liegt keineswegs vor, denn bis jetzt ist noch nirgends die Ruhe gestört worden.

In der Dresdener Glasfabrik (Siemens) haben von 440 Arbeitern gegen 360 aufgehört, und in der derselben Firma gehörenden Fabrik in Döhlen, wo 330 Glasmacher beschäftigt sind, legten 300 die Arbeit nieder.

Wie man dies in Sachsen seit je gewohnt ist, haben auch die Behörden diesem Streik gegenüber Maßnahmen getroffen, die die gerechte Entlohnung der Arbeiter erregen müssen, umso mehr, als die letzteren durch ihr Verhalten der Polizei nicht die geringste Veranlassung zum Einschreiten gegeben haben. Am Sonnabend, noch ehe die Arbeitsniederlegung erfolgte, war die Polizei in der Dresdener Fabrik bereits auf dem Platz. Sie hatte daselbst eine vollständige Wache eingerichtet, und die Polizisten patrouillierten mit geladenem Gewehr unter Führung von Fabrikbeamten in den Arbeitsräumen. Kein Arbeiter ließ sich jedoch hierdurch von der Arbeitsniederlegung abhalten, ebensowenig fiel es jemandem ein, die Ruhe zu stören. Auch in Döhlen war ein starkes Aufgebot von Gendarmen zur Stelle, die natürlich ebenso wenig Gelegenheit zum Einschreiten fanden.

Nun hat sich aber die Dresdener Amtshauptmannschaft veranlaßt gefühlt, in einer Weise, die allgemeine Entrüstung erregt, in den Streik einzugreifen. In den Siemens'schen Fabriken waren etwa 20 Ausländer beschäftigt: Russen, Dänen, Holländer, Polen, welche die Firma selbst vor einiger Zeit durch Agenten angeworben ließ, die nun aber mit ihren deutschen Arbeitsbrüdern gemeinsame Sache gemacht und sich dem Streik angeschlossen haben. Diesen Ausländern ist sofort der vom 27. Juli, dem Tage der Arbeitsniederlegung, datierte **Ausweisungsbefehl** zugestellt worden. Soweit sie verheiratet sind, haben sie binnen drei Tagen, die Lebigen aber innerhalb 24 Stunden das sächsische Staatsgebiet zu verlassen!

Wenn ein Unternehmer, soweit es in seiner Macht liegt, mit Gewaltmaßnahmen gegen Streikende vorgeht, so ist dies ja als Ausfluß des Parteihasses verständlich. Was aber die Polizeibehörde veranlassen kann, ausländische Arbeiter gerade in dem Augenblick, wo sie sich einem Streik anschließen, auszuweisen, das ist rätselhaft, denn man darf doch nicht annehmen, daß die Polizei mit ihrer Wohnnahme die Streikenden zu Gunsten der Unternehmer einschüchtern will.

Die Ausgewiesenen werden übrigens Beschwerde bei der Kreis-hauptmannschaft einlegen.

Das scharfe Vorgehen der Polizei, so entschieden es auch verurteilt werden muß, kann nur dazu beitragen, daß die Sympathie der weitesten Kreise, die den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Glasmachern so wie so sicher ist, noch erhöht wird, daß dieser Kampf die weitgehendste Unterstützung findet, und deshalb mit einem Siege der Streikenden enden muß.

Die Breslauer Mühlenarbeiter haben, nachdem ihre Forderungen von den Unternehmern in der Hauptsache abgelehnt worden sind, von dem Verlangen: Verringerung der Arbeitszeit, Abstand genommen und die Forderung: 4 M. resp. 4,50 M. Mindestlohn dahin abgeändert, daß jedem Arbeiter eine Lohnzulage von 2,50 M. pro Woche gewährt und bei Accordarbeit der in den einzelnen Mühlen gebräuchliche Höchstlohn für die betreffende Arbeiterkategorie garantiert werde. Die Arbeiter eruchen die Unternehmer um Antwort auf die herabgesetzten Forderungen bis zum 3. August und erklären sich zu mündlichen Verhandlungen gern bereit.

Gleiwitz. Die Demonstrationen der Arbeiter vor den Huld-schmiedischen Hüttenwerken dauern fort. Am Sonnabendabend wurden 9 Personen verhaftet. Die Menge griff die Polizei an und verlegte einige Polizisten durch Steinwürfe etc. Die Demonstrationen wurden bis auf weiteres bis auf weiteres von 8 Uhr abends bis 9 Uhr vormittags geschlossen bleiben. Montagvormittag war alles ruhig, da ein 30 Mann starkes Polizeiaufgebot jede Ansammlung verhinderte.

Die Lohnbewegung der Bäcker in Bayern ist zu Gunsten der Arbeiter verlaufen, die Mehrzahl der Bäckereien hat die Forderungen bewilligt. Zuzug ist aber noch zu vermeiden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Abhaltung einer socialdemokratischen Frauenkonferenz betreffend, welche eventuell im Anschluß an den Parteitag zu Lübeck stattfinden soll, hat, wie die „Gleichheit“ berichtet, Genossin Vaader als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands sämtliche Lokal- und Kreis-Vertrauenspersonen eine Umfrage zugehen lassen. In derselben wird daran erinnert, daß die erste socialdemokratische Frauenkonferenz zu Mainz nicht beschloffen hat, daß jedes Jahr eine Konferenz stattfinden soll. Sie überließ es vielmehr dem Ermessen der Genossinnen, die Frage jeweils nach den vorliegenden Verhältnissen zu entscheiden. Wie Genossin Vaader mitteilt, haben die Genossinnen von Berlin und Umgegend bereits erörtert, ob sich die Einberufung einer Konferenz nach Lübeck empfiehlt. Ihrer Ansicht nach ist dies nicht der Fall, und zwar aus folgenden Gründen. In vielen Orten ist die Wahl der Vertrauensperson ziemlich spät erfolgt, in anderen wieder standen dieser von Anfang an nicht genügende Mitarbeiterinnen zur Seite, erst allmählich hat sie sich einen kleinen Kreis von solchen heranzuziehen können, die sich nun einzuarbeiten beginnen. In der Folge hat die planmäßige Agitation hier und da erst vor kurzer Zeit begonnen. Es würden daher der Konferenz nur verhältnismäßig wenige Thätigkeitsberichte erstattet werden können. Weiter ist der ungünstigen Lage Lübeds wegen nicht auf eine zahlreiche Beschickung der Konferenz, zumal aus West- und Süddeutschland, zu rechnen. Etwa bis Ostern nächsten Jahres dürften die Genossinnen allerorten eine genügend ausgedehnte und planmäßige Thätigkeit entfaltet haben, damit ihre Berichte ein übersichtliches und erfahrungreiches Bild von der Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung geben. Auf Grund der dann vorliegenden praktischen Erfahrungen können gut vorbereitete Anträge auf die Tagesordnung einer einzuberufenden Konferenz gestellt, kann mit größtem Nutzen verhandelt werden. Gerade weil die erste Frauenkonferenz so wohl gelungen war, soll die zweite ihre an Bedeutung und Erfolg nicht nachsehen. Die Genossinnen von Berlin und Umgegend sind deshalb aus den angeführten Zweckmäßigkeitsgründen der Ansicht, daß im Anschluß an den Parteitag keine Frauenkonferenz einberufen wird. Genossin Vaader erucht nun die Genossinnen allerwärts, das Für und Wider einer eventuell in Lübeck abzuhaltenden Konferenz zu erwägen und ihre Entscheidung rechtzeitig mitzuteilen. Selbstverständlich entscheidet Stimmenmehrheit über die offene Frage. Das Resultat der Umfrage wird Genossin Vaader in der „Gleichheit“ veröffentlichen.

Sociales.

Die Zustände in den Bäckereien.

Den Rührberger Bäckereimeistern ist das Formular des Erhebungsbogens, das bei der bevorstehenden amtlichen Revision der Bäckereien verwendet werden soll, vorzeitig in die Hände gefallen. Der Bogen enthält ungefähr 40 Fragen, die sich beziehen auf die Art des Betriebes, wann derselbe etwa „eingreifend umgestaltet“ wurde, ob Maschinen verwendet sind, wie viel Arbeiter beschäftigt werden, ob ein besonderer Waschkraum und wie viel Wascheinrichtungen vorhanden sind. Weiter wird gefragt nach Sitzgelegenheit, der Zahl der Spundnäpfe, wie und wo das Mehl aufbewahrt wird, ob Unreinlichkeit bei der Mehlaufbewahrung bemerkt ist; ob zum Bäckereibetrieb bestimmte Geräte auch zu anderen Zwecken benützt werden; weiter wird gefragt nach dem Zustand der Arbeitsräume, ob dieselben sauber, vernaklässigt oder un sauber sind; ob bei Zurichtung der Waaren Unsauberkeit bemerkbar ist usw.

Auf einem besonderen Bogen ist eine Tabelle vorgedruckt, in der die Fragen nach der Lage, der Größe, der Fruchtigkeit, der Heizbarkeit, der Beleuchtung usw. des Bäckereibetriebs zu beantworten sind.

Um sie auf die bevorstehende Revision vorzubereiten, sendet der Rührberger Bäckereimeisterverein seinen Kollegen einen Abdruck dieses Erhebungsbogens zu mit folgendem Begleitschreiben:

An unsre Kollegen!

Nach diesem Allenfald, welches uns der Zufall in die Hand spielte, wird die von der k. bairischen Staatsregierung angeordnete Untersuchung der Bäckereibetriebe gehandhabt und findet dieselbe in aller nächster Zeit statt aus Anlaß des neuen Gesetzes über die Einrichtungen von Bäckereien.

Wir alle müssen im Interesse unseres Standes wünschen, daß das Resultat bezüglich der Reinlichkeit, Verhältnisse sein ungünstiges wird und glauben wir mit unsrer Mitteilung mancher Bäckerei nützlich gewesen zu sein.

Es wird die kommende Revision die eingehendste und gründlichste werden, weil festgestellt werden soll, wie weit die einzelne Bäckerei den neuen gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Mit collegialen Gruß

Bäckereimeister-Verein Rürnberg.

G. S.

NB. Alle Holzgefäße erfahren viele Beanstandungen, empfehlenswerter sind emaillierte oder Blechgefäße.

Ein größeres Interesse als an einem günstigen Resultat hat die Oeffentlichkeit an einem wahrheitsgemäßen; es kommt darauf an, festzustellen, nicht wie die Betriebe für den Festtag der Revision hergerichtet wurden, sondern wie sie alltags beschaffen sind und deshalb ist zur Ergänzung des amtlichen Augenheims eine verantwortliche Befragung der Gesellen erforderlich. Erfolgt diese nicht, dann wird das Resultat der Erhebung wenig Anspruch auf Wert haben.

China.

Ueber chinesische Kriegsbeute und europäisches Völkerrecht

schreibt S. Reußen in der letzten Nummer der „Wiener Zeiten“ u. a.: Dieser Tage fand in London und Marseille die Verteilung der Kriegsbeute aus der Expedition nach China an die aus Schassen in die Heimat zurückgekehrten französischen Truppen statt. Die von der Mannschaft erbeuteten Objekte wurden durch einen Beamten der Militär-Intendantur übernommen, abgeschätzt und sodann öffentlich verkauft. Die Anzahlung der Verkaufspreise geschah durch Bankinstitute jener Städte, und es erhielten einzelne Mannschaften Beträge bis zu tausend Frank. Dieser für ein modernes Kriegswesen und für die Kultur der Gegenwart verblühende Vorgang gründet sich auf das Gesetz vom Jahre 1895. Die feinerzeitige Lotterierung durch das französische Parlament ist damals der europäischen Oeffentlichkeit gänzlich entgangen und in der Presse des Auslands mit keinem Wort besprochen worden.

In den vorliegenden französischen Fällen handelt es sich nicht um erbeutetes feindliches Kriegsmaterial oder anderes Staats-eigentum, sondern offenbar um feindliches Privatgut. Abweichend von der Kriegsführung des Altertums, wo man nicht allein die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte, sondern aller Bewohner des gegnerischen Staats und ihres Eigentums erstrebte und auch durchführte, geht der Grundzug des europäischen Völkerrechts seit dem 16. Jahrhundert dahin, in letzterer Beziehung Schonung walten zu lassen. In allen neuen Militär-Strafgesetzen finden wir die Bestimmungen, daß feindliche Personen und feindliches Gut unantastbar seien. Was die Behandlung feindlicher Sachen betrifft, so fiel das feindliche Privateigentum nach dem Kriegsrecht der Alten dem Sieger anheim; was man dem Feinde als Kriegsbeute abnahm, galt als das sicherste Eigentum. Nach dem heutigen Völkerrecht ist im Landkriege als oberster Grundsatz anzustellen, daß das feindliche Privateigentum unverletzlich ist. Zwar kann durch Kontributionen und Requisitionen das feindliche Privateigentum in Anspruch genommen und im Fall der Verweigerung

mit Gewalt weggenommen werden, allein einzelne Soldaten dürfen sich deselben nicht bemächtigen. Ausgenommen ist nur der Fall der erlaubten Plünderung, eine Gelegenheit, die in einem zukünftigen Kriege zwischen regulären Armeen äußerst selten oder gar nie vorkommen dürfte. Nach der Auffassung des heutigen europäischen Völkerrechts führen die Staaten durch ihre Repräsentanten und nicht die einzelnen Einwohner der Staaten gegen einander Krieg, wie dies im Altertum der Fall war. Der Kriegszustand findet nach heutiger Auffassung nur zwischen den Kombattanten, das ist den von den kriegsführenden Staaten beauftragten Streitern statt. Gegen diese Personen erlaubt das Kriegsrecht, alle Mittel zu ihrer Befriedigung anzuwenden und sie im Kampfe zu töten. Unmenslich darf aber auch gegen sie nicht verfahren werden, weshalb Vergiftungen von Brinnen, Anwendung von unnütze Schmerzen bereitenden Geschossen usw. durch die Kriegsgesetze verboten sind. Sind die feindlichen Soldaten bereits wehrlos und verwundet, so darf gegen sie kein Akt von Gewaltthätigkeit ausgeübt werden. Jede Gewaltthätigkeit gegen friedliche Bewohner des Feindeslandes ist nach dem Strafgesetz zu beurteilen. Das österr. Strafgesetz und das Militär-Strafgesetz bestimmt im § 10: „Verbrechen und Vergehen werden auch an dem wehrlosen Feinde... begangen.“ Die Verübung Gefangener oder Verwundeter wird mit den strengsten Strafen bedroht, § 265 österr. M.-St.-G. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung das deutsche Militär-Strafgesetz. Dort sind die Fälle wie Diebstahl, Körperverletzung, Unterschlagung usw. keine Antragsdelikte, sondern sie sind von amtswegen zu verfolgen (§ 127). Diese Bestimmung ist eine für die Praxis im Felde sehr geeignete Modifikation. Ihr liegt die Absicht zugrunde, daß alle im Kriege begangenen strafbaren Handlungen geahndet werden, umso mehr, als im Kriege der Verletzte, durch den Kriegsschrecken eingeschüchtert, oft nicht wagen wird, den Antrag auf Verurteilung zu stellen.

Das Schauspiel, das sich dieser Tage in Frankreich, in London und Marseille abspielte, dürfte wohl einzig dastehen in der Civilisation des zwanzigsten Jahrhunderts.

Chinesisches Ackerlied.

Die Vorerhebung soll nach der Meldung eines englischen Blattes in der Provinz Schantung zugenommen haben, nachdem die „Gesellschaft der vereinigten Dorfbewohner der Provinz Tschi“ einen Sieg über die Truppen Li-Hung-Tschang davongetragen habe.

Ueber den Besuch der tibetanischen Gesandtschaft in Petersburg sollen die chinesischen Regierungskreise sich vorerzählen zu können.

Dem „Globe“ wird aus Shanghai berichtet, daß bedeutende Kasernenbauten für die französischen und russischen Truppen dort errichtet werden. Diese Kasernen sollen feste Steinbauten sein, der Bau dürfte zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Schutzgesuch gegen den tolen Baron.

Frankfurt a. M., 30. Juli. (V. G.) Der „Frankf. Btg.“ wird aus Strahburg berichtet: Der „Lorrain“ verzeihen das Gerücht, daß die Bewohner der Dörfer Niederweiler, Windhof und Hochwald eine Petition an den Kaiser richten wollen, in welcher um Schutz gegen Baron Stietenron erucht werden solle, welcher auf dem Wege zur Genesung sei. Wie verlautet, soll Anfang August ein Kriegsgericht zur Erledigung der Erklärung Stietenrons zusammentreten.

Die Obstruktion in der belgischen Kammer.

Brüssel, 30. Juli. (V. G.) Die heutige Morgen Sitzung der Kammer gestaltete sich zu einer der lärmendsten, die bisher stattgefunden haben. Trotzdem über 18 Abgeordnete, sämtlich Sozialisten, anwesend waren, setzten dieselben die von ihnen angekündigte Obstruktion durch. Die Sitzung wühlte um 12 1/2 Uhr geschlossen werden. In der Nachmittags Sitzung wurden, nachdem vor Eröffnung derselben eine Versammlung der Rechten stattgefunden hatte, Maßregeln getroffen, um die Obstruktion zu verhindern. Die Sozialisten erklärten, falls die Rechte sich weigere, wie bisher an den Morgen Sitzungen teilzunehmen und mit Gewalt die Militärvorlage durchzudrücken wollten, daß sie die Obstruktion weiter fortsetzen würden. In der Nachmittags Sitzung kam es zu keinen Ausritten mehr. — Auf Ersuchen des Justizministers haben der Generalanwalt Williams und der Staatsanwalt Rogels eine Untersuchung eingeleitet über die Zwischenfälle, welche die heutige Morgen Sitzung in der Kammer gekennzeichnet haben. Es sind Protokolle gegen die Hauptminister der Obstruktion aufgenommen worden, nämlich gegen die Sozialisten Francoite und Furnemont. Dieselben sollen wegen angeblicher Bedrohung und Beschimpfung des Kammerpräsidenten belangt werden.

Englisches Unterhaus.

London, 30. Juli. Parler fragt an, ob mit Deutschland Verhandlungen im Gange seien über Aufhebung der von der deutschen Regierung den kanadischen Produkten auferlegten Handelszölle und ob die englische Regierung die Zustimmung geben könne, daß sie sich bemühen werde, für Kanada in Handelsverträge die Reichsteuergünstigkeitsklausel zu sichern. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Granborne erwidert, über die Behandlung der kanadischen Produkte würden gegenwärtig keine Verhandlungen mit Deutschland geführt, aber die in der Anfrage erwähnten wichtigen Fragen würden von der englischen Regierung ernst in Erwägung gezogen. Der Präsident des Handelsamts Gerald Balfour erklärt, der beratende Ausschuss des Handelsamts für kommerzielle Fragen sei zu einer Sitzung einberufen worden, um über den deutschen Tarif-Gesetzentwurf zu beraten.

Mc Keill bringt einen Antrag ein, in welchem erklärt wird, daß ein in der heutigen Ausgabe der „Daily Mail“ enthaltener Artikel einen schweren Vorwurf gegen die Haltung Brodricks enthalte und andeute, daß Brodrick sich in seinen gestrigen Ausführungen der Unwahrhaftigkeit schuldig gemacht habe. Brodrick erwidert, er habe dadurch, daß er der „Daily Mail“ amtliche Mitteilungen vorenthielt, seine Mißbilligung darüber ausdrücken wollen, daß die „Daily Mail“ amtliche Geheimnisse veröffentlichte; Brodrick weist darauf hin, daß ein Teil der vom Blatte veröffentlichten geheimen Schriftstücke fast wörtlich den beim Kriegsamte befindlichen Originaldokumenten gleich sei. Brodrick sagt hinzu, er lege seine Ehre mit Freunden in die Hände des Hauses. Balfour giebt zu, daß der Artikel einen Vorwurf des Privilegs bedeutete, ist aber der Ansicht, daß er nicht wert sei, deshalb dem Verleger und den Herausgeber des Blattes vor das Haus zu fordern; er beantragt deshalb Uebertragung zur Tagesordnung. Campbell Dannermann glaubt, das Haus müßte seine Mißbilligung über das Vorgehen des Blattes ausdrücken. Balfour zieht seinen Antrag zurück und der Antrag Mc Keill wird angenommen. Mc Keill beantragt sodann, daß der Herausgeber und der Verleger des Blattes am Donnerstag vor dem Hause erscheinen sollen; aber dieser Antrag wird mit 222 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Das Unterhaus nahm ferner die dritte Lesung der Unterrechtsbill mit 200 gegen 142 Stimmen an.

An die gesamte Arbeiterschaft des In- und Auslandes!

Arbeitsbrüder! Einen verzweifelten Kampf sind die Glasarbeiter zu führen gezwungen. Fast die Arbeiter aller Industriezweige genießen das Recht, sich zu vereinigen, das Recht, den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung für sich in Anspruch zu nehmen. Die Glasarbeiter jedoch sind gezwungen, sich dieses Recht zu erkämpfen. Ein verzweifelter Kampf wird bereits seit dem 1. August 1900 in Schauenstein von 180 Glasarbeitern, seit dem 1. März 1901 in Rieburg von 540 Glasarbeitern geführt. In den Betrieben des Geh. kgl. preuss. Kommerzienrats Hege ist der Streik ausgebrochen. Mit einem alten patriarchalischen Verhältnis wurde aufgeräumt. Die Arbeiter jener Betriebe wurden von den bürgerlichen Parteien im Schlepptau gehalten. Ein wiederholter Versuch, dieselben zu organisieren, wurde stets niedergedrückt. Maßregelung über Maßregelung hatte die Organisation zu erdulden. Waren es auch nur ca. 100 Kollegen jener Betriebe, die im geheimen seit Gründung der Organisation derselben angehört, so sind doch die Maßregelungen groß, die vorgenommen sind. Ein jeder Versuch, die Organisation in Rieburg-Schauenstein, wie aber auch in anderen Betrieben auszubauen, war mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Wehe demjenigen, der es dennoch wagte, einmal ein offenes Wort anzusprechen. Die Entlassung, die Landstrafe, der Hunger, zuletzt die Verweisung selbst war ihm sicher. So hat die Glasarbeiterschaft im Befreiungskampfe des Proletariats ungeheure Opfer bringen müssen.

Nach einer regen Agitation und der guten wirtschaftlichen Konjunktur gelang es Anfang vorigen Jahres, die Organisation auszubauen. Die Worte: Proletariat aller Länder vereinigt Euch, schienen auch unter den Glasarbeitern Thatsache zu werden. Wie ein Lauffeuer griff die Bewegung um sich. Die großen Werke der beiden Hege in Rieburg und Gerresheim, sowie die Glashüttenwerke Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie vormals Friedr. Siemens in Dresden und Döhlen waren mit einem Schlage erobert.

Es war jedenfalls der Schreck, der die Herren damals von einer allgemeinen Auspöckung abhielt. Wohl erklärten sie, nichts gegen die Organisation zu unternehmen und dieselbe anzuerkennen. Von einer wahren Anerkennung kann aber nie die Rede sein. Wenn die Herren heute noch den Abwiechern der Ware erklären, sie haben nichts gegen die Organisation einzuwenden, so ist das weiter nichts als die reine Ironie. Erklärt doch ein Hege in Gerresheim in einem Ringblatt: „Wie kann ich gegen die Organisation etwas einwenden, denn das Recht der Koalition ist gesetzlich gewährleistet, und was durch das Gesetz festgelegt ist, dem habe ich mich zu unterwerfen.“ Wir wissen nicht, wie sich jene Herren das Vereinigungsrecht vorstellen; ist doch die Zahl derjenigen groß, die in letzter Zeit die Entlassung traf. Burden nun die Entlassungen wegen ihrer Wiedereinstellung vorstellig, so hieß es: „Geht Euer Verband doch in das Comptoir ab!“ Wir fragen aber die deutsche Arbeiterschaft: Ist das Organisation, wenn die Verbandsbücher im Fabrikcomptoir lagern? Ist und kann von einer Organisation die Rede sein, wenn die Entlassung denjenigen trifft, der für im Kampf mit dem Unternehmertum befindliche Kollegen eine Unterstützung sammelt? Zahlreich sind die Fälle, wo Unterstützung sammelnde Kollegen die Entlassung traf. Nun brüsten sich die Herren, sie können und dürfen nichts gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter einwenden. Als aber am 14. Februar dieses Jahres die Glasarbeiter der Firma Hege in Rieburg die Kündigung einreichten, um ihre Schauensteiner Kollegen im Kampfe zu unterstützen, da war es die Firma Dinkl u. Hölcher in Rieburg, die sofort zu Maßregelungen griff und eine Anzahl der besten Kräfte aufs Pfahle warf. Auf dieselbe Idee verfiel die Firma Hege in Gerresheim, indem sie es verstanden hatte, die in dem Vordergrund der Bewegung stehenden Kollegen an einem Ofen zusammenzubringen, plötzlich diesen Ofen liegen ließ und 32 der thätigsten Genossen brotlos machte.

Wir fragen die deutsche Arbeiterschaft nochmals: Ist das Anerkennung der Organisation, wenn das Unternehmertum in solcher Weise mit uns verfährt?

Mit einer heldenmütigen Ausdauer und besonders großem Opfermut führt die deutsche Glasarbeiterschaft diesen seit langer Zeit tobenden Kampf. Die Unternehmer sind in einem Ring zusammengeschlossen, und ist auf ein Nachgeben nicht zu rechnen. Es müssen also andre Mittel angewandt werden.

Die Flaschenarbeiter, die bei diesem Streik in Frage kommen, sind nicht mehr Willens, diesem Kampfe ruhig zuzusehen, und so entstand die Frage des Generalstreiks. Die Flaschenarbeiter nahmen eine Abstimmung vor, die mit überwältigender, nahezu einstimmiger Mehrheit den Generalstreik beschloß. Die Forderungen: 1. Anerkennung des Koalitionsrechts und Schlichtung des Streiks in Rieburg, 2. Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises, wurden am 18. Juli den Unternehmern vorgelegt und zugleich die Kündigung eingereicht, so daß am 27. Juli das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gelöst ist.

Die Unternehmer antworteten auf die Kündigung mit einem Anschlag, daß sie auf keinen Fall nachgeben werden.

Am Sonnabend, den 27. Juli, verließen 4700 Flaschenarbeiter ihre Arbeitsplätze.

Kollegen, Arbeitsbrüder, nicht mehr Lohn, nicht bessere Einrichtungen sollen die Herren gewähren, nein, das Koalitionsrecht verlangen wir. Die Schlichtung des Streiks in Rieburg wird verlangt. Die Herren erklären großmütig, das Koalitionsrecht ist uns gewährt, und auf Hege können sie nicht einwirken.

Arbeitsbrüder! Fast in allen Glasfabriken sind Plätze frei, um Kollegen einzustellen. Die technischen Einrichtungen verschiedener Betriebe lassen es zu, daß anstatt in zwei Schichten bei 10 1/2 und 11stündiger Arbeitszeit die dreischichtige Arbeitszeit bei 7 1/2stündiger Arbeitsweise eingeführt werden kann. Es ist also bei der guten Konjunktur in der Glasindustrie möglich, daß, wenn die Herren vorgeben, nicht auf Hege einwirken zu können, sie dann freilebende Kollegen einstellen können. Aber mit nichten, das wollen sie nicht; unsere Kollegen in Rieburg, die einen so heldenmütigen Kampf geführt haben, sollen in anderen Betrieben keine Arbeit erhalten. Sie sollen Streikbrecher werden, sie sollen das Koalitionsrecht preisgeben, dann ist ihnen der Eintritt in die Fabriken des Geh. Kommerzienrats Hege gestattet.

Die Glasarbeiter wollen nun zur Unterstützung ihrer Rieburger Kollegen nicht mehr die hohen Opfer bringen, weil wir wissen, daß genug Arbeit für sie vorhanden ist, und wenn die Herren erklären, sie können auf Hege nicht einwirken, dann sagen wir, stellt sie in Eurer eignen Betriebe ein. Sieht aber Hege, daß ihm seine Arbeitskräfte entzogen werden, so wird er schon zusehen und das Koalitionsrecht anerkennen.

Arbeitsbrüder! Am 27. Juli legten also 4700 Flaschenarbeiter die Arbeit nieder. Alle Einigungsversuche waren vergeblich. So oft haben wir vom Kündigungstage an die Hand zum Frieren geboten, so oft, fast Tag auf Tag haben die Kollegen versucht, daß der Streik vertrieben werden sollte. Alles, alles ist aufgeboten, nichts hat man angenommen. Es blieb bei der Erklärung: wir wirken auf Hege nicht ein und können es nicht, es ist sein Privatbetrieb. Von einer Einstellung der Rieburger Kollegen will man aber nichts wissen. Hier könnt Ihr sehen, der Ring der Industriellen hat seine Hand im Spiel.

Am 1. August müssen die Glasarbeiter die Wohnungen räumen. Wohin sollen wir, auf die Landstraße? Die Wohnungs-

frage hängt eng zusammen mit den technischen Einrichtungen der Fabriken. Wir sind bestrebt, auch in dieser Hinsicht uns unabhängig zu machen, jedoch bisher vergeblich. Bedenkt, mit Weib und Kind hinausgedrängt aus den Wohnungen, vor uns die Landstraße, vor uns der Hunger, vor uns namenloses Elend, sind wir doch entschlossen und bereit, den Kampf mit unsern Gegnern aufzunehmen.

Arbeitsbrüder! Wir führen den Befreiungskampf des Proletariats um Anerkennung des Koalitionsrechts!

Unterstützt uns, gebt ein Scherlein zur Linderung der Not, gebt ein Scherlein, damit wir nicht durch Hunger gezwungen sind, den Kampf aufzugeben.

Denkt daran, wie schwer es uns sein würde, wenn wir das Koalitionsrecht aufgeben müßten und bedingungslos auf Gnade oder Ungnade in die Fabriken zurückkehren müßten.

Es kann unmöglich der Wille der Arbeiterschaft sein, daß die Glasarbeiter auf das allen Arbeitern zustehende Koalitionsrecht verzichten sollen.

Helst uns also im Befreiungskampfe, unterstützt uns, so gut es geht!

Mit Brudergruß

Der Vorstand des Central-Verbands der Glasarbeiter Deutschlands.

Alle Sendungen zu richten an unseren Kassierer: Gustav Hamann, Berlin SO., Lausitzerstr. 26 I.

Tokales.

„Eitel Wind.“

In Nr. 69 der „Apotheker-Zeitung“ findet sich ein Anschlag des Herrn Apotheker Fränkel, in welchem es zu Beginn heißt: Als Mitglied der Prekominmission bin ich dazu verpflichtet, den „Vorwärts“ täglich in die Hand zu nehmen; Erwiderungen an dieses Blatt zu richten, ist zwecklos, denn ersiens nimmt der „Vorwärts“ nur solche Artikel auf, die seiner Tendenz entsprechen, zweitens fällt es mir schwer, mich auf das Niveau zu begeben, auf dem sich die Einwendungen des „Vorwärts“ bewegen.

Daß die erste in diesen Zeilen aufgestellte Behauptung durchaus unzutreffend ist, haben wir durch die Aufnahme der Einwendung des Herrn Schade („Vorwärts“ Nr. 173) bewiesen. Weiter kann unmöglich eine Zeitung gehen, als daß sie ihre Spalten gegnerischen Mitteilungen selbst dann öffnet, wenn diese letzteren so haltlos sind, wie die des Herrn Schade. Zumhoeh steht in dieser Beziehung der „Vorwärts“ über der apothekerfremdblichen Presse, welche zwar alle Einwendungen von Apothekerseite wahllos abdruckt, aber nicht allein die Mitteilungen der Centralkommission ignoriert, sondern — wie z. B. die „National-Zeitung“ — sogar Richtigstellungen, die ihr von dieser Seite zugehen, nicht abdruckt.

Daß es Herrn Fränkel schwer fällt, sich auf das Niveau zu begeben, auf dem sich die Einwendungen des „Vorwärts“ bewegen, glauben wir gern. Herr Fränkel will damit offenbar ausdrücken, daß es ihm schwer fallen würde, das Maß von Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit darzubieten, welches der „Vorwärts“ von denjenigen fordert und fordert, deren Einwendungen er seine Spalten öffnet. Dieser Gedanke ist freilich von Herrn Fr. nicht sehr geschickt ausgedrückt, aber er ist richtig: nach allem, was von Seiten der Herren Apotheker während des Kampfes in ihren eignen Organen, in der politischen Presse, in Versammlungen usw. zusammenge—schrieben worden ist, können wir es verstehen, daß Herr Fr. solche Bedenken hegt.

Und in dieser Auffassung bekräftigt uns die Schlußbemerkung im Aufsatze des Herrn Fr. Derselbe stellt „mit Befriedigung“ fest, „daß bei der hiesigen Jagd der Centralkommission und ihrer Reute auf „Verbrechen“ von Apothekern noch nicht der kleinste Dachhase erlegt worden ist und daß alles, was mit großem Galloch in die Welt gesetzt wird, sich bei näherer Betrachtung als eitel Wind erweist.“

Herr Fr. ist wirklich sehr anspruchsvoll! „Eitel Wind“ ist es nach seiner Meinung, wenn Führer der Apotheker in öffentlicher Versammlung vorgelesen wird, daß sie „Korrekturen der Wahrheit“ vorgenommen haben, und wenn diese Führer auf diesen Vorwurf nicht einmal zu antworten wagen!

„Eitel Wind“ soll es sein, wenn nachgewiesen wird, daß in einer großen Anzahl von Berliner Apotheken Rezepte angefertigt wurden, die so plump gefälscht waren, daß bei gewissenhafter Prüfung die Fälschung entdekt werden mußte. „Eitel Wind“ soll es sein, wenn in dem Flugblatt der Apotheker die größten Unwahrscheinlichkeiten aufgedeckt werden usw. usw.

Wenn das Herr Fr. wirklich für „eitel Wind“ hält, dann freilich muß es ihm schwer fallen, sich auf das Niveau des „Vorwärts“ zu begeben, d. h. sich zur Höhe der Moral zu erheben, welche die oben erwähnten Vorfälle nicht als „eitel Wind“, sondern als schwere Verfehlungen ansieht!

Zuständig und nichtzuständig? Das sind zwei Begriffe, auf die unsere Bureaokratie großen Wert legt und die schon oft unendlich viel Schreiberi und Schreiberi hervorgerufen haben. Mancher weiß ein Lied davon zu singen, ja es giebt wohl kaum einen, der nicht schon auf diesem Gebiet seine Erfahrung gesammelt hätte. Was uns veranlaßt, auf dies Thema zu kommen, ist eigentlich ein schon in der Zeitung besprochenes Vorkommnis, das aber doch erst nach Bekanntwerden aller Einzelheiten charakteristisch für unsere heutigen Zustände wirkt und deshalb noch einer kleinen Nachlese bedarf.

Wir brachten im Laufe der vorigen Woche die Mitteilung, daß auf der Insel Helgoland, die in der Gegend von Rahnstorf, inmitten der Dahme liegt, mehrere Tage die Leiche eines Selbstmörders lag, ohne daß sie bestattet werden konnte. Die Thatsache an und für sich ist schon empörend, aber hören wir erst, welchen Laufereien die Verwandten ausgesetzt waren, ehe sie den Toten überhaupt unter Erde bringen konnten.

Der Selbstmörder war der Buchdruckerhilfsarbeiter Thierich, der die That wahrscheinlich als Geisteskranker beging. Eine kurze Zeit, während der er sich von seinen Begleitern, mit denen er eine Partie unternommen hatte, trennte, genügte, um die unglückselige That zur Ausführung zu bringen. Natürlich wurde der Unglückliche sehr bald entdeckt, ohne daß er aber ins Leben zurückgerufen werden konnte. Ueber die Identität des Toten war kein Zweifel, außerdem hatte er Rassenbücher und Invalidentkarte in der Tasche. Der Vorfall wurde auch sofort einem Gendarm gemeldet, der die Papiere nahm und den Thatsbestand notierte. Das war am Freitag, den 19. Juli. Am nächsten Tag belagerten die Angehörigen von privater Seite erst Rande von dem Vorfall. Nun bemühte man sich am Sonntag um die Beerdigung; die Leiche lag unbedeckt am Randort. Der Gemeindevorstand von Rahnstorf, an den man sich zunächst wandte, erklärte sich nicht für zuständig und wies die Angehörigen an den Forstmeister in Grünau; dieser gab den Rat, man möge sich nach Ropenitz an das Amtsgericht wenden, er sei nicht zuständig. Dort war natürlich am Sonntag geschlossen. Man ging nun zur Ortspolizei in Ropenitz. Diese erklärt, der Forstmeister von Ropenitz ist zuständig. Also zum Forstmeister von Ropenitz. Dieser war sich über zuständig oder nichtzuständig nicht ganz klar, notierte sich aber die Sache. Mittlerweile war es auch Abend geworden und weitere Bemühungen mußten aufgegeben werden. Am Montag erhielten dann die Angehörigen die Nachricht vom Forstmeister in Ropenitz, er sei auch nicht zuständig. So ging nun die Fahrt am Dienstag wieder los und zwar wieder zum Forstmeister nach Grünau und von dort abermals zum Forstmeister nach Ropenitz. Schließlich war der Schreiber in Grünau so hilfsbereit und besorgte die Papiere aus Ropenitz. Am Dienstagnachmittag traf dann auch

von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung ein, daß die Leiche freigegeben sei. Erst am Mittwoch konnten nun die Angehörigen die Leiche eintragen, bis dahin hatte die Leiche im Freien gelegen, zum Entsetzen aller Ausflügler, die hier vorbeikommen. Es braucht wohl nicht gesagt zu werden, in welchem Zustand die Leiche sich bei der Hige befand, die Verwesung war so stark eingetreten, daß es überaus schädlicher Anstrengungen bedurfte, um die Ueberführung nach der Leichenhalle in Wilhelmsherg zu vollziehen. Aber hier stellten sich neue Schwierigkeiten entgegen, die Friedhofverwaltung wollte die Leiche nicht aufnehmen. Wiederm ging ein ganzer Tag mit Laufereien drauf, ehe auch dieses letzte Hindernis beseitigt war, am Freitag konnte dann die Beerdigung erfolgen.

So der geschilderte Sachverhalt. Wir enthalten uns jedes Kommentars, denn der Vorgang ist so absurd, daß er für sich selbst spricht.

Abstinenzler-Lokale. Der Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, die Errichtung von Lokalen zu bewirken, die jedem Genossenheit bieten, in gesundheitlich eingerichteten Räumen der Erholung zu pflegen, ohne dem Trinkzwang unterworfen zu sein. Der gedachte Zweck soll erreicht werden durch Gründung einer Genossenschaft, deren Mitglied man wird durch Uebernahme eines Anteils von 20 M., die beliebig innerhalb eines Jahres einzuzahlen sind. Der Beitritt zu dieser Genossenschaft ist nicht auf Abstinenzler beschränkt, sondern er steht jedem frei, der willens ist, die Bekämpfung des Alkoholismus zu unterstützen. Der Genossenschaft treten in der Versammlung sogleich 15 Mitglieder bei.

Der Bau des Schulhauses der 13. Realschule am Schleswiger Ufer ist in der letzten Zeit so rasch gefördert worden, daß bereits mit der Aufstellung des Dachstuhl begonnen werden konnte. Das Gebäude hat wegen der geringen Ausdehnung des Grundstücks fünf Geschosse (das bewohnbare Sockelgeschos mitgezählt) erhalten müssen. Es ist ein schlachter Verblendsteinbau mit Hausengliederungen. Mit seinem steilen Fingeldach und der für astronomische Beobachtungen bestimmten Plattform über dem hochragenden Mittelgiebel wird es weithin sichtbar sein und dem Straßenbilde ein eigenartiges Gepräge verleihen.

Beim Neubau der Lessing-Brücke ist die Errichtung der erforderlichen Notbrücke mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Da die Spree an dieser Stelle auf der Noabiter Seite keine Uferstraße hat und die auf die Lessing-Brücke ausmündende Stromstraße sehr schmal ist, so muß für die Notbrücke ein Stück des an der Stromstraße liegenden, bis zur Spree hinabreichenden Vorflutigen Gartens in Anspruch genommen werden. Die Notbrücke wird durch den Garten hindurchgeführt und mündet, einen Bogen beschreibend, erst in einiger Entfernung von der Lessing-Brücke in die Stromstraße ein.

Ein Einspruch des Berliner Magistrats abgewiesen. Wegen die Errichtung einer Dampf-Zalgschmelze in Weihensee durch einen Schöneberger Unternehmer hatte die Stadt Berlin, als Besitzerin des benachbarten Gutes Malchow, mit Rücksicht auf die dortige Lungenheilstätte beim Kreis-Ansichtschuß Protest erhoben. Der dirigierende Arzt der Lungenheilstätte, der Grundbesitzerverein Weihensee und 24 Anlieger schloßen sich diesem Protest an. Die Gerichtsammer Dr. Bischof, Dr. Jexerich und Lohmann erklärten in ihrem Sachverständigen-Gutachten, daß eine Dampf-Zalgschmelze, insofern der bei ihrem Betriebe entstehenden Gase und überreichenden Dünste, für die in der Nähe Wohnenden in hohem Maße gesundheitsschädlich einzuwirken geeignet sei. Der Vertreter der Stadt Berlin, Herr Spinola, wies noch besonders auf die sanitären Mängel infolge der zahlreichen in Weihensee und Umgebung befindlichen Fett-, Salz- und Hundesticker-Locherien hin. Die Konzeptionsbeurtheiler versprachen in ihren Gutachten stets mit erschlafftem Material zu verarbeiten, kaum hätten sie aber die Konzeption erlangt, künnten sie sich nicht mehr um ihre Zulagen und die ihnen vorgeschriebenen Bedingungen, und verwendeten minderwertiges Material, ohne Rücksicht auf die lästigen und gesundheitsschädlichen Ausdünstungen, die mehrere Kilometer im Umkreise zu verspüren seien. Der Kreis-Ansichtschuß erklärte jedoch den Platz zur Anlage einer Schmelze für geeignet, da er zwischen den Berliner und Weihenseeer Mischfeldern läge, und wies sämtliche Einsprüche dagegen als unbegründet ab. Die Stadt Berlin wird sich, im Hinblick auf die sanitäre Sicherung der Lungenheilstätte Malchow, deren Erweiterung überdies in Aussicht genommen ist, bei dieser Abweisung nicht beruhigen. — Schulische Beschwerden gegen die Gesellmästereien in den Berliner Vororten, deren Umgebung gleichfalls durch üble Gerüche und gesundheitsschädliche Ausdünstungen viel zu leiden hat, sind von der zuständigen Behörde bisher regelmäßig abgewiesen worden. Jetzt will man es nun mit einer Massenpetition aller Interessenten an die Regierung versuchen, die in dem Verlangen gipfelt soll, die Gesellmästereien zu den Anstalten zu zählen, zu deren Anlage nach § 16 der Reichsgewerbeordnung eine besondere behördliche Genehmigung erforderlich ist.

Von den für die krank zurückkehrenden Chinalämpfer bestimmten Lazarettbaracken auf dem Grünmacher, dem bekannten Exerzierplatz hinter der Kaserne des Garde-Füsilier-Regiments, ist ein Teil bereits fertig gestellt worden. Die niedrigen Baracken bestehen aus Holz und haben hohe Fenster mit grünen Jalousien, auch sind sie mit Heizvorrichtungen versehen. Die Barackenanlage steht mit dem großen Garnisonlazarett in der Schanzenstraße, dessen Hinterland an den Grünmacher stößt, in Verbindung.

Die Zurückerlieferung sämtlicher aus der kgl. Bibliothek entlehnten Bücher muß in der Woche vom 5. bis 10. August während der Geschäftsstunden von 9—3 geschehen. Die Zurückerlieferung erfolgt nach der alphabetischen Ordnung der Namen der Empfänger, und zwar für die Buchstaben A—H am Montag und Dienstag, I—R am Mittwoch und Donnerstag und S—Z am Freitag und Sonnabend. Während dieser Zeit werden neue Bücher nicht abgegeben.

An der Stelle, wo die Landen-Kolonie „Alcin-Kalkutta“ 12 Jahre lang ein blühendes Dörflein führte, hat man jetzt mit der Durclegung einer neuen Straße begonnen. Die Kolonie bildete ein Bierfeld, das früher freies Feld war und in der letzten Zeit von der Prenzlauer Allee, der Heinersdorferstraße, der Windstraße und der Jannowellstraße umgrenzt wurde. Es war wohl die einzige dieser hübschen und sauberen kleinen Ansiedelungen, die noch inmitten bebauter Straßen lag. Das Gelände war mit 123 Lauben bebaut, die in ihrer bunten Mannigfaltigkeit besonders anziehend wirkten und den Besitzern — Handwerkern, Handelsleuten etc. nach des Tages Mühen die ersehnte Erholung und einen vollenwertigen Ersatz für die Sommer- und Badereisen der mehr begüterten Klassen boten. Aber der Berliner Bauhätigkeit ist nichts heilig. So mußte denn die Kolonie der Auflösung verfallen, damit eine neue Straße die Prenzlauer Allee mit Windstraße verbinden und die Fläche für 89 Häuser schaffen konnte.

Arbeitslosigkeit und Mittellosigkeit haben den 31-jährigen Hausdiener Bernhard Richter aus der Blumenhalsstr. 7 zu Friedrichsherg zu einem Selbstmord getrieben. Am Montagabend um 11 Uhr stürzte er sich an der Auguststraße ins Wasser. Ein Schuttmann vom 75. Polizeiviertel löste sofort einen Kahn und eilte dem Ertrinkenden zu Hilfe. Es gelang ihm, Richter zu fassen und zu retten. In einem Krankenhaus, wohin er gebracht wurde, gab er die vorliegenden Gründe für die That an.

Bei einem „Hofball“ verunglückt ist am Sonntag der 30-jährige Veierlastenpieler Paul Becker aus der Vinkenstraße 101.

Der Laternenfabrikant Schulze, Hehrbestenstraße 47, gab seinen Mietern einen „Fischbalk“ verbunden mit Kaffeeläden und kleinen Aufführungen. Dazu lieferte Weder die Musik. Um 10 Uhr abends wurde eine Polonaise aufgeführt, der Leiterfastentanz marschierte an der Spitze und spielte den Marsch: „Wir sind die Säger.“ Dabei stolperte er und fiel mit der Stirn auf den Leiterkasten. Die Verletzung, die er davontrug, war schwer, und ein Leinweber an der Festlichkeit brachte ihn nach der Rettungswache in der Kasernen-Allee. Dort erhielt er einen Notverband und mußte nach einem Krankenhaus überführt werden. Das Fest erhielt dadurch eine unliebliche Störung.

Auf dem Gelände der Internationalen Ausstellung für Feuerschutz etc. haben, wie wir erst jetzt erfahren, in der Woche vom 14. bis 20. Juli die Preisrichter ihres Amtes gewaltet. Zur Bedienung der verschiedenen Spritzen waren 30-40 Soldaten engagiert, welche für diese Dienstleistung zwei Mark und Mittagbrot erhielten. Sollte angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt es so ganz unmöglich gewesen sein, andre Arbeitskräfte für diese Arbeit zu erhalten? —

Strafenspernung. Die nördliche Rampe der Mäckenbrücke bis vor Nr. 127 der Mäckenstraße wird wegen Umpflasterung von heute ab für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Auf billige Weise haben sich die Gebrüder Thomas und Anton Bartzsch aus Berlin auf einem Laubenterrain an der Kiefernstraße in Repton eine Geflügelmähre angelegt. Das erstorderliche Geflügel — besonders Hühner — wurde von dem ersten Bruderpaar einfach den Laubenterrainisten und andern Geflügelbesitzern gestohlen. Schließlich kam aber die Kriminalpolizei hinter das Treiben der beiden Brüder und nahm dieselben gefangen in Gast. Ein Teil des bei ihnen vorgefundenen Geflügels ist von den Verhafteten bereits retrogradiert worden.

Grabräuber haben in letzter Zeit wiederholt auf dem alten Jakobikirchhof am Nollweg ihr Unwesen getrieben. Sie hatten es dabei auf das Erbgrabmal einer Familie Wagner abgesehen, das sie zweimal kurz hintereinander ergraben. Von den drei in der gemauerten Gruft beigefundenen Särge verfiel der Grabräuber demjenigen der Frau W. zu erbreichen, da sie wohl glauben mochten, die Leiche habe ihre Schmucksachen mit ins Grab bekommen. Ihre Absicht ist jedoch missglückt, da die Thäter jedesmal gestört worden sind. Bisher ist es der Polizei leider nicht gelungen, die Thäter zu ermitteln.

Ein neues Opfer hat am Montagabend das leichtsinnige Treiben auf dem Wasser gefordert. Auf dem Langen See bei Grünau ertrank beim Bootfahren der Arzt H. B. Schmelpe u. g., ein Sohn des Inhabers der den gleichen Namen tragenden Musikerei. Der junge Mann, der im dortigen Gesellschaftshaus mit einer Dame das Fahrzeug besetzte hatte, kenterte mit dem Boot und beide Insassen fielen ins Wasser. Hilfe war bald zur Stelle, aber nur die Dame, die sich an dem Fahrzeug angeklammert, gelang es, zu retten. Der Herr war bereits untergegangen und nicht mehr zu finden.

Schöneberg. Vom Hitzschlag betroffen wurde am Sonntagnachmittag in der Groß-Görschenstraße der 67 Jahre alte Pensionist Weante K. aus der Lilowstraße. Man brachte den Verunglückten zum Arzt, der aber nur den inzwischen eingetretenen Tod des Verunglückten feststellen konnte. — Am Freitagabend entstand an der Ecke der Regensburger- und Dambergerstraße ein Streit zwischen dem Arbeiter K. und seinem Sohn. Schließlich wehrte sich der Vater seinen auf ihn einschlagenden Sohn durch einen Revolvererschuss ab. Wie sich herausstellte war nur ein Schreckschuß abgegeben, die Waffe war nicht scharf geladen. Der Thäter wurde verhaftet. — Sonntagmorgen wurde der 37 Jahre alte obdachlose Kutcher Johann K. tot aufgefunden. Die Leiche, die auf einem dortigen unbedauten Grundstück lag, zeigt eine tiefe Wunde an der Stirn, die anscheinend von einem scharfen Gegenstand herührt. Der Tod dürfte infolge der erhaltenen Verletzungen nach ärztlichem Gutachten etwa um Mitternacht erfolgt sein. Der Thäter ist noch nicht ermittelt. Die Schöneberger Polizei hat acht verdächtige Obdachlose verhaftet.

Zu den Schöneberger Stadtverordnetenwahlen. Die Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke, welche zum erstenmale bei den im November stattfindenden Stadtverordneten-Neu- und Ergänzungswahlen in Geltung tritt, ist nunmehr erfolgt. Während die erste Abteilung die ganze Stadt in einem Wahlbezirk umfaßt, sind bei der zweiten und dritten Abteilung statt der früheren acht Bezirke je zehn gebildet worden. Der Magistrat hat nun die einzelnen Stadtverordneten auf die Bezirke verteilt und gleichzeitig bestimmt, in welchen Bezirken die Neuwahlen von Stadtverordneten bei der Vernehmung von 48 auf 80, also vier bei jeder Abteilung, zu erfolgen haben. Es ist ferner festgestellt, in welchen Bezirken Stadtverordnete bis Ende 1905 gewählt sind und in welchen Bezirken Stadtverordnete zur Auslosung kommen. Erst nach der jedenfalls im September stattfindenden Auslosung wird sich ergeben, in welchen Bezirken Ergänzungswahlen vorzunehmen sind. Da für unsere Partei nur die dritte Wählerabteilung in Betracht kommt, wollen wir auch nur auf die für diese gebildeten Bezirke und ihre Grenzen eingehen.

Im ersten Bezirk, nach der Neu-Einteilung umfassend die Augustburger-, Damberger-, Blürow-, Geisberg-, Gossow-, Culmbacher-, Naahen-, Moh-, Neue Ausbader-, Neue Vopyreuther, Neue Wintersfeldstraße, Rollendorflay, Rollendorfer-, Passauer-, Regensburgerstraße, Victoria-Luise-Platz, Wintersfeld-, Würzburger- und Plettenstraße kommen beide Stadtverordnete, W. Frölich und Lutat, zur Auslosung.

Im zweiten Bezirk, umfassend die Vorbarossa-, Eisenacherstraße 9-41 und 83-118, Frankens-, Habsburger-, Hohenhausen-, Hoffhäuser-, Luitpold-, Martin-Lutherstraße 1-31 und 63-89, Mühlener- und Palasstraße ist eine Neuwahl vorzunehmen, während Stadtv. Wagnmann zur Auslosung steht.

Im dritten Bezirk, umfassend die Gleditsch-, Holz- und Grunewaldstr. 12-16 und 106-130, kommt Stadtv. Vorich zur Auslosung. Stadtv. Genosse Rasch ist bis 1905 gewählt.

Der vierte Bezirk, umfassend die Alaxien-, Apostel-Paulus-, Eisenacherstraße 42-82, Grunewaldstraße 17-105, Goltkaer-, Klitz-, Martin-Lutherstr. 82-62, Reiniger-, Verfeger-, Wartburgstraße, und Wartburgplatz hat eine Neuwahl vorzunehmen. Außerdem kommt Stadtv. Franz Richter zur Auslosung.

Im fünften Bezirk, bestehend aus der Belgiger-, Erfurter-, Hauptstraße 23-135, Geyl-, Nuburger- und Mühlentstraße, ist Stadtv. Finde bis 1905 gewählt, Stadtv. Kreuzgebrot steht zur Auslosung.

Im sechsten Bezirk, umfassend die Bahns-, Erdmann-, Groß-Görschen- und Hauptstr. 1-22b und 136-153, Helm-, Kaiser-Friedrich-, Neue Kuhn-, Neue Steinweg- und Stabenrauschstraße, steht Stadtverordneter Schindl zur Auslosung, Stadtv. v. Bergemann ist bis 1905 gewählt.

Im siebenten Bezirk, umfassend die Brumbild-, Kolonnen-, Geyler-, Hohenfriedberg-, Monumenten-, Siegfriedstraße, Straße vor der Kaserne und Straße 20a, kommt Stadtv. Anorr zur Auslosung. Stadtv. Speck ist bis 1905 gewählt.

Im achten Bezirk, umfassend die Cheruller-, General-Pape-, Gothenstraße, Königsberg-, Leuthens-, Rofsbach-, Sedan- und Torgauerstraße stehen beide Stadtverordneten, Genosse Ostl und K. Frölich, zur Auslosung.

Im neunten Bezirk, umfassend die Albert-, Ebers-, Feuerig-, Frey-Reuter-, Gustav-Freitag-, Geyl-, Herbertstraße, Kaiser-Wilhelmplatz, Max-, Prinz-Georg- und Tempelhofstraße, ist eine Neuwahl zu vollziehen, außerdem kommt Stadtv. Dr. Richter zur Auslosung.

Der zehnte Bezirk, umfassend die Bahnhofs-, Veder-, Wegas-, Canova-, Kramachstraße, Dürenplaz, Frege-, Friedenauer-, Gouff-, Hedwig-, Holbein-, Knauststraße, Mariendorfer Weg, Wenzel-, Peter-Bischerstraße, Priesterweg, Rangierbahnhof und Werkstätten Tempel-

hof, Rembrandts-, Rubens-, Sponholzstraße, Tempelhofweg und Wielandstraße, hat ebenfalls eine Neuwahl zu vollziehen. Stadtv. Galland ist bis 1905 gewählt.

In dieser Abteilung behalten somit fünf Stadtverordnete ihre Mandate bis 1905, wir sind neu zu wählen und unter den übrigen elf findet die Auslosung von fünf oder sechs Stadtverordneten für die Ergänzungswahlen statt. Sache der Parteigenossen wird es nun sein, mit Eifer in die Agitation für die Kommunalwahlen einzutreten, damit unsre Partei innerlich und äußerlich gestärkt aus derselben hervorgeht und können uns in dieser Beziehung unsere allernächsten Nachbarorte, die eine bedeutend stärkere Vertretung in der städtischen Körperschaft besitzen, nur als Vorbild dienen. Auf kommunalem Gebiete hat unsere junge Stadt noch viel nachzuholen und die Mitarbeit unserer Genossen ist dabei sehr notwendig.

Am Sonntag, den 11. August, findet die erste Flugblatt-Verbreitung statt und vom 15.-31. August liegen die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus. Versäume keiner, sich der geringen Mühe zu unterziehen, die Listen einzusehen. Für diejenigen jedoch, die durch irgend welche Umstände verhindert sind, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, dies zu thun: Ständer, Hohenhausenstr. 83; Schilling, Hoffhäuserstr. 18; Hoffmann, Goltstr. 9; Krüger, Grunewaldstr. 110; Käter, Apostel-Paulusstr. 27; Däumler, Apostel-Paulusstr. 18; Hoppe, Verfegerstr. 7; Bollemann, Gothestr. 1; Hauser, Sedanstr. 31; Weingarth, Gustav-Freitagstraße 7; Püschel, Geylstr. 8; Obst, Weiningerstr. 8.

Unglücksfall auf dem Tegeler See. Montagmorgen zwischen zwei und drei Uhr besuchten zwei Männer die Badeanstalt in Tegeler. Es wurde ihnen jedoch, da sie stark angetrunken schienen, nicht gestattet zu baden. Sie entfernten sich und verfrühten nun bei dem Bootverleiher Siebert ein Boot zu mieten; aber auch hier wurden sie aus gleichen Gründen zurückgewiesen. Schließlich gelang es ihnen aber doch, eine Bootsfahrt zu unternehmen. Sie bestiegen eins von den vielen Booten, die am Ufer des Tegeler Sees ohne Aufsicht und unbefahigt liegen. Kaum waren sie etwa 200 Meter weit vom Ufer entfernt, als sie durch überhand Nötria das Boot zum Sinken brachten. Beide Insassen stürzten ins Wasser. Mehrere Arbeiter der Maschinen- und Dreibriemenfabrik von Hante, die unweit der Unglücksstelle sich befanden, eilten mit einem Boot der Unglücksstelle zu. Veder gelang es nur den einen der Verunglückten dem nassen Elemente zu entreißen. Der andre, ein Droschkenkutscher, war inzwischen untergegangen. Die Leiche des Ertrunkenen wurde später durch den Bootverleiher Siebert gefunden und in die Tegeler Leichenhalle übergeführt.

Durch die Messer einer Pöbelmaschine getötet wurde der 14jährige Sohn des Fuhrherrn Looch aus der Siebertstraße in Potsdam. Der Knabe, der allein zu Hause war, spielte an der auf dem Heuboden stehenden Mähmaschine und lebte sich gegen die Messer derselben, als die Kurbel plötzlich in Bewegung geriet. Die scharfen Eisen drangen dem Kinde in den Leib und zerschnitten ihm Niere und Magen. So wurde der unglückliche Knabe bald darauf in einer Blutlache schwindend aufgefunden und nach dem Augustavictoria-Krankenhaus gebracht, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung verstarb.

Im Hermsdorfer Pfisch den Tod gesucht und gefunden hat das 22 Jahre alte Dienstmädchen Helene Sch. aus Berlin, nachdem ihr ein Selbstmordversuch durch Erhängen mißglückt ist. Sie war mit der Familie eines hiesigen Kaufmanns, bei dem sie in Dienst stand, in Hermsdorf in der Sommerfrische. Vor kurzem war ihr vorgeworfen worden, daß ein Liebesverhältnis, welches sie vor einigen Jahren gehabt hatte, nicht ohne Folge geblieben war, und darüber hätte sie sich sehr geärgert und den Wunsch ausgesprochen, sie wolle, sie wäre tot. Am Sonntagabend verschwand sie, und am Montagmorgen wurde ihre Leiche von Knaben in dem faumpigen Bach gefunden.

Von einem schweren Unwetter wurde am Montagvormittag die Gegend zwischen Veeslow und Storkow heimgesucht. Ein furchtbares Gewitter richtete großen Schaden an. Das Rittergut Saro am Schornsteingebirge wurde zweimal vom Blitz getroffen und brannte gänzlich nieder. Sämtliches Vieh bis auf die Pferde, welche gerettet werden konnten, kam in den Flammen um.

Geriichts-Zeitung.

Eine wesentliche Vereicherung erfährt das Kapitel vom „Eugen der Verurteilung“ in der gestrigen Sitzung der zweiten Ferien-Strasfammer am Landgericht II. Der Arbeiter Friedrich Elbert aus Potsdam war vom Schöffengericht in Oranienburg wegen öffentlicher Beleidigung der Fabrikdirektoren Geher und Liedicke zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt. Das Urteil erster Instanz stützte sich auf folgenden Thatbestand: Am 14. Januar dieses Jahres legte die Mehrzahl der Arbeiter in der chemischen Fabrik auf Aktien zu Sandhausen bei Oranienburg die Arbeit nieder, weil einer der Arbeiter nach der Meinung seiner Kameraden aus der Fabrik hinausgemahrgelt worden war und nicht wieder eingestellt werden sollte. Der Vorstand des Verbandes der chemischen Arbeiter beauftragte den Arbeiter Elbert in Potsdam, die Ausgleichsverhandlungen der Streikenden mit der Direktion der Fabrik zu leiten. Es gelang demselben, einen Vergleich auf der Basis zu Stande zu bringen, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen sollten, daß sämtliche Streikende wieder eingestellt und auf keiner Seite Maßregelungen vorgenommen werden sollten. Ueber die Verhandlungen wurde ein Protokoll aufgenommen, welches auch das Zugeständnis der Arbeiter enthielt, daß in diesem Jahre irgend welche Forderungen nicht gestellt werden sollten. Nur ein Arbeiter namens Krause sollte im beiderseitigen Einverständnis nicht wieder eingestellt werden. Als die Arbeit wieder aufgenommen wurde, kamen verschiedene Arbeiter, namentlich die Schiffer, nicht wieder auf ihre alten Plätze. Die Schiffe blieben im Winter, wenn die Schifffahrt ruht, beladen, werden dann aber von den Schiffern behauptet. Die Unzufriedenheit brach daher von neuem aus. Seitens der Direktion wurde dieses Verhalten damit begründet, daß die Schiffer eine besondere Vertrauensstellung einnahmen und daß diejenigen, die gestreift hätten, sich das Vertrauen der Fabrikleitung verschert hätten. Die Arbeiter beriefen sich am 30. Januar eine neue Versammlung ein, zu welcher Elbert geladen wurde. Derselbe wurde in dieser Versammlung scharf angegriffen. Es wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß er mit den Direktoren geseffen und getrunken habe und daß er sich dadurch habe bestehlen lassen. Elbert fühlte sich dadurch umfomehr gekränkt, als er glaubte, die Differenzen in bester Form beigelegt zu haben. Er erklärte daher den Versammelten: „Wenn das alles so ist, wie Ihr sagt, dann sind die Direktoren wortbrüchig geworden!“ Dadurch fühlten sich die Direktoren Geher und Liedicke beleidigt und auch das Schöffengericht fand in dieser bedingten Form des Wortwurfs der Wortbrüchigkeit eine schwere Beleidigung, die prinzipaliter mit Gefängnis zu bestrafen sei, da eine Geldstrafe den Angeklagten doch nicht treffe, da eine solche von der Parteilasse getragen werde. In der gestrigen Verhandlung vor der zweiten Instanz verfuhr der Verteidiger H. A. Dr. Davidsohn den Wahrheitsbeweis von neuem und zwar mit Erfolg. Direktor Geher erklärte zwar, daß in dem Protokoll nichts darüber stehe, daß jeder Arbeiter wieder an seinen früheren Platz kommen sollte, doch gab er die Möglichkeit zu, daß diese Vereinbarung mündlich getroffen worden sei. Auch bestritt er nicht, daß verschiedene Schiffer nicht wieder auf ihren Plätzen gekommen sind. Der Verteidiger hielt den Wahrheitsbeweis für erbracht und führte aus, daß Angeklagter sich gegen grundlose Angriffe zu verteidigen hatte und daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelte. Wer eine Geldstrafe bezahle, gehe den Thäter gar nichts an, falls eine solche am Plage sei. Aber in diesem Fall sei nicht einmal auf eine Geldstrafe, sondern auf Freisprechung zu erkennen. Der Gerichtshof erachtete den Wahrheitsbeweis für gelungen, billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu und erlammte unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freisprechung.

Zwei den sogenannten „besseren Ständen“ angehörige Personen, die bereits vorbestrafte geschiedene Rittergutsbesitzerin Frau v. Wilde und ihr fähndiger Begleiter und Freund, der Kaufmann Schimmelmann, werden sich demnächst wegen Betrugs zu verantworten haben. Frau v. Wilde, welche ein überfahndetes Rittergut in Schlesien besaß, veräußerte dies im Februar v. J. gegen ein Haus in der Flottwellstraße, wobei das Gut mit 304 000 M. bewertet wurde. Um das Geschäft zum Abschluß bringen zu können, bedurfte Frau v. Wilde einer Darlehne von 7000 M. Um sich dieses Geld zu verschaffen, griff sie zu einem gewagten Mittel. Sie ließ anzeigen, daß eine Dame von hohem Adel für ihr Rittergut einen lautionsfähigen Inspektor verlange. Ein Herr A. aus Trebitz ließ sich behörden und nahm die Stellung an. Er hat seine 10 000 M. verloren. Während er bald gewahrt wurde, daß das Gut vollständig abgetwertet war, vergaßen sich die beiden Angeklagten auf Reisen in der Schweiz und am Rhein. Als ihre Mittel zu Ende gingen, veruchten sie durch Annahme eines neuen Inspektors Ersatz zu schaffen. Auf dem Bahnhof in Erfurt wurden sie verhaftet.

Ein häßliches, leider nicht selten vorkommendes Bild bot sich am Nachmittag des 17. April in der Füssenstraße. Der Kutcher Robert W. ed. er wurde einen schwer beladenen Wagen im Galopp durch die Straße, wobei er fortgerollt mit der Peitsche auf die Straße einhieb und diese dadurch am Durchgehen hinderte, daß er ihnen mit dem Flügel die Mäuler blutig riß. Erwochene und Kinder gerieten in Gefahr. Der Schuttmann Paulsch wirkte dem Kutcher zu, er solle langsamer fahren, doch dieser lehnte sich nicht daran. Nun warf sich der Beamte den Pferden in die Flügel, Weber schlug aber democh auf die Tiere ein, so daß der Schuttmann eine ganze Strecke weit fortgerollt wurde, bevor er das Fuhrwerk zum Halten brachte. In demjenigen, die ihren Unwillen über das Verhalten des Kutchers äußerten, gehörte auch der Arbeiter Polzig, der den Kutcher einen Pferdehändler nannte. Dieser sprang vom Wagen und verlegte dem Polzig einen Faustschlag ins Gesicht, daß dessen Unterslippe platzte und ihm einige Zähne gelodert wurden. Nun wurde Weber zur Wache gebracht. Das Schöffengericht ahndete die Körperverletzung und den Widerstand gegen die Staatsgewalt mit zwei Wochen Gefängnis, die Tierquälerei mit fünf Wochen Haft. Der Angeklagte ließ durch seinen Verteidiger, H. A. Dr. Davidsohn, Bestrafung einlegen, aber ohne Erfolg, denn die 6. Strafsammer des Landgerichts I bestätigte das erste Erkenntnis.

Bereinskafender.

Essentielle Bibliothek und Lesesalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, Alexandrinenstr. 29, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5¹/₂ - 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 400 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Dienboten-Versammlung. Heute, Mittwochabend 8¹/₂ Uhr, ist in der „Brüderlied“ (Zurstr. 25 D.), eine Dienboten-Versammlung mit dem Thema: „Der Dienbotenstand ein Stiefkind der modernen Gesellschaft.“ Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgebung. Vorsitzender: Ad. Neumann, Brunnenstraße 150. Erster Kassierer: Eilrich, Schützenstraße 16. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Rosenthalerstr. 33. **Mittwoch, 17. August, Übung** abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — **Freiheitsfeier** I. — **Wilde, Andread-straße 26.** — **Korddeutscher Schüler-, Pöppe, Reichsdorferstr. 15.** — **Wied-er-lust I.** — **Wollschläger, Rosenthalerstr. 21.** — **Deutsche Erde I.** — **Zimmermann, Grüner Weg 29.** — **Allegro,** Weich, Wangenstr. 134. — **Freier Männerchor Nord-Bez.** — **Paulsch, Stephanstr. 31.** — **Wied-er-lust,** Rosenthalerstr. 135. — **Schmiedelocher I., Kirchow, Rote, Hermann- und Karls-gartenstraße 17.** — **Edelmann I.,** Brandenburg a. O., Ruthenow, Werdorferstr. 17. — **Brig** in Brüg, Parantien, Bürgerstr. 4. — **Matengrub,** Charlottenburg, Barthel, Seefelderstr. 11. — **Deimalklänge,** Köpenick, Peyer, Rolsenstr. 101. — **Wacht auf I.,** Dombach, Danzigerstr. 71. — **Derwäris X,** Kauen, Scholz, Werftstr. 18. — **Treu und Zeit I.,** Lehmann, Rosenthalerstr. 17. — **Oh und Beschreuer,** Wiede, Schillingstr. 26. — **„Bogen nicht“,** Stegall, Kramer, Rosenthalerstr. 57. — **Wied-er-lust II,** Ohm, Rosenthalerstr. 49. — **Wied-er-lust,** Bauer, Rosenthalerstr. 57. — **Unterlinden,** Kühnel, Putzstr. 22. — **„Unbe I.,** Neumann, Rosenthalerstr. 44. — **Friedrichsdorger Sängerbund,** Friedrichshagen, Conrad, Friedrichstr. 158. — **„Brig“** am II. — **Bornum I.,** Kräger, Rosenthalerstr. 5. — **Treuerlicher Gesangsverein,** Wiede, Wiedweg 23. — **Brandschiff,** Hoppe, Stralauer Weg 10/11. — **„Zimmerer“,** Friedrichshagen, Hipfer, Franzstr. 181. — **„Wied-er-lust II“,** Kraus, Dunderstr. 8. — **„Rosenthaler“,** Röhrenhol, Röhrenstr. 137/138. — **„Freie Sänger“,** Kirchow, Kramer, Hermannstr. 100. — **„Wied-er-lust“,** Charlottenburg, Bernide, Bismarckstr. 34. — **„Lorenz“,** Rosenthalerstr. 47. — **„Hoffnung II“,** Spandau, Rabe, Neuenhofstr. 5. — **„Sattler“,** Herzog, Marienstr. 8. — **„Rote Rose“,** Wiede, Goldstr. 29. — **„Sabbat“,** Rind, Simeonstr. 23. — **„Wied-er-lust I.,** Röhrenhol, Schleiferei. — **„Ruh Sangesverein“,** Brandenburg a. O., Centralherberge, Wolkenweberstraße 5. — **„Rote Rose I“,** Schöneberg, Kräger, Grunewaldstr. 110. — **„Wied-er-lust“,** Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. — **„Gewerkschaft der Arbeiter“,** Pöppe, Röhrenstr. 2. — **„Lottwiler Harmonie“,** Möring, Admiralsstr. 18a. — **„Keramik“,** Charlottenburg, Wiede, Rosenthalerstr. 1. — **„Vorwärts VII“,** Rummelsburg, Beutling, Kant- und Goethestraßen-Ecke. — **„Vorwärts VIII“,** Friedrichshagen, Brig, Haderland, Wiedstr. 28. — **„Brig“,** Valzer, Grünaustr. 14.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Dieberrn, Putzstr. 44. **IV. Mittwoch:** „Artena“, Arner Konrad, Reichenderstr. 16. — **„Wied-er-lust“,** Kump, Goltstr. 38. — **„Freie Erde“,** Schöneberg, Hoppe, Wied-er-luststr. 7. — **„Rote Rose“,** Kirchow, Simeonstr. 14. — **„Wied-er-lust“,** „Angekündigt“, Wiede, Wiedweg 23. — **„Rote Rose“,** Friedrichshagen, Wiede, Wiedweg 23. — **„Hoffnung II“,** Spandau, Rabe, Neuenhofstr. 5. — **„Sattler“,** Herzog, Marienstr. 8. — **„Rote Rose“,** Wiede, Goldstr. 29. — **„Sabbat“,** Rind, Simeonstr. 23. — **„Wied-er-lust I.,** Röhrenhol, Schleiferei. — **„Ruh Sangesverein“,** Brandenburg a. O., Centralherberge, Wolkenweberstraße 5. — **„Rote Rose I“,** Schöneberg, Kräger, Grunewaldstr. 110. — **„Wied-er-lust“,** Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. — **„Gewerkschaft der Arbeiter“,** Pöppe, Röhrenstr. 2. — **„Lottwiler Harmonie“,** Möring, Admiralsstr. 18a. — **„Keramik“,** Charlottenburg, Wiede, Rosenthalerstr. 1. — **„Vorwärts VII“,** Rummelsburg, Beutling, Kant- und Goethestraßen-Ecke. — **„Vorwärts VIII“,** Friedrichshagen, Brig, Haderland, Wiedstr. 28. — **„Brig“,** Valzer, Grünaustr. 14.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Dieberrn, Putzstr. 44. **IV. Mittwoch:** „Artena“, Arner Konrad, Reichenderstr. 16. — **„Wied-er-lust“,** Kump, Goltstr. 38. — **„Freie Erde“,** Schöneberg, Hoppe, Wied-er-luststr. 7. — **„Rote Rose“,** Kirchow, Simeonstr. 14. — **„Wied-er-lust“,** „Angekündigt“, Wiede, Wiedweg 23. — **„Rote Rose“,** Friedrichshagen, Wiede, Wiedweg 23. — **„Hoffnung II“,** Spandau, Rabe, Neuenhofstr. 5. — **„Sattler“,** Herzog, Marienstr. 8. — **„Rote Rose“,** Wiede, Goldstr. 29. — **„Sabbat“,** Rind, Simeonstr. 23. — **„Wied-er-lust I.,** Röhrenhol, Schleiferei. — **„Ruh Sangesverein“,** Brandenburg a. O., Centralherberge, Wolkenweberstraße 5. — **„Rote Rose I“,** Schöneberg, Kräger, Grunewaldstr. 110. — **„Wied-er-lust“,** Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. — **„Gewerkschaft der Arbeiter“,** Pöppe, Röhrenstr. 2. — **„Lottwiler Harmonie“,** Möring, Admiralsstr. 18a. — **„Keramik“,** Charlottenburg, Wiede, Rosenthalerstr. 1. — **„Vorwärts VII“,** Rummelsburg, Beutling, Kant- und Goethestraßen-Ecke. — **„Vorwärts VIII“,** Friedrichshagen, Brig, Haderland, Wiedstr. 28. — **„Brig“,** Valzer, Grünaustr. 14.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Dieberrn, Putzstr. 44. **IV. Mittwoch:** „Artena“, Arner Konrad, Reichenderstr. 16. — **„Wied-er-lust“,** Kump, Goltstr. 38. — **„Freie Erde“,** Schöneberg, Hoppe, Wied-er-luststr. 7. — **„Rote Rose“,** Kirchow, Simeonstr. 14. — **„Wied-er-lust“,** „Angekündigt“, Wiede, Wiedweg 23. — **„Rote Rose“,** Friedrichshagen, Wiede, Wiedweg 23. — **„Hoffnung II“,** Spandau, Rabe, Neuenhofstr. 5. — **„Sattler“,** Herzog, Marienstr. 8. — **„Rote Rose“,** Wiede, Goldstr. 29. — **„Sabbat“,** Rind, Simeonstr. 23. — **„Wied-er-lust I.,** Röhrenhol, Schleiferei. — **„Ruh Sangesverein“,** Brandenburg a. O., Centralherberge, Wolkenweberstraße 5. — **„Rote Rose I“,** Schöneberg, Kräger, Grunewaldstr. 110. — **„Wied-er-lust“,** Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. — **„Gewerkschaft der Arbeiter“,** Pöppe, Röhrenstr. 2. — **„Lottwiler Harmonie“,** Möring, Admiralsstr. 18a. — **„Keramik“,** Charlottenburg, Wiede, Rosenthalerstr. 1. — **„Vorwärts VII“,** Rummelsburg, Beutling, Kant- und Goethestraßen-Ecke. — **„Vorwärts VIII“,** Friedrichshagen, Brig, Haderland, Wiedstr. 28. — **„Brig“,** Valzer, Grünaustr. 14.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 31. Juli.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kraff).
Zum Trianon-Theater: „Lebende Vögel“. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Täglich großes Konzert.
Schiller. (Moritz u. Oper.) Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Geschlossen.
Festung. Letzte Nacht. Die Schlimmen haben. Die Monatshefte. Steierische Vögel. Anf. 8 Uhr.
Berliner. Der Wessenschmidt. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Das blaue Kabinett. Anfang 8 Uhr.
Neues. Schauspiel des Westfälers. Entschieden. Die goldene Brille. Anfang 8 Uhr.
Westen. „Theater Charivari“ (Secessions-Bühne). Anfang 8 Uhr.
Secessions-Bühne. Bunter Theater: Heberbreit. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiss. Madame Bonnard. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Spezialitäten im Garten.
Belle-Alliance. Frey Reuter. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Lustiges Brett“. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Kingsämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Neumann-Bliemchen mit feiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Theaterfuß) Abends 8 Uhr: In kleinen Preisen: „Mittelmeer-Bahnen“.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Carl Weiss-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Direkt. B. Zimmermann u. O. Schramm.
Luftspiel-Ensemble.
Madame Bonnard.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Der liebe Antel.
In Vorbereitung: **Tatolo.** (Samoanisches Liebesdrama).
Im Garten: Großes Kinder-Freudenfest. Theater. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr.
Zum 711. Mal:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Apollo-Theater
Vollständig neues
Spezialitäten-Programm!
Frau Luna
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
W., Behrenstrasse 55-57.
Der Zauberer am Nil
und das sensationelle Juli-Spezialitäten-Programm
Donnerstag, den 1. August:
Wiederaufführung
der mit so kolossalem Lacherfolg
gegebenen Posse

Man lebt ja nur einmal!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
W. Noacks Theater.
Frammenstraße 16.
Täglich: Konzert, Theater- u.
Spezialitäten-Vorstellung.
Novität! **Undel Kalina.** Novität:
Operetten-Burleske in einem Akt von
Wolfgang Bieders. Musik von R. Ziehe.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Ostbahn-Park.
Am Kästrinorplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
**Großes Konzert, Theater- u.
Spezialitäten-Vorstellung.**

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Moritz-Oper.
Mittwochabend 7 1/2 Uhr:
102. Gastspiel Heinrich Bötel.
Die weiße Dame.
Neue Oper in 3 Akten v. B. A. Boieldieu.
Donnerstagabend 7 1/2 Uhr:
Populäre Opernvorstellung bei halben
Preisen:
Der Barbier von Sevilla.
Freitagabend 7 1/2 Uhr:
103. Gastspiel Heinrich Bötel.
Alessandro Stradella.
Sierauf: **Die Opernprobe.**

Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Sanssouci
Im Garten:
Täglich:
- Hoffmanns -
Nordd. Sänger
und **Konzert.**
Anfang d. Konzerts 5 Uhr,
der Soliree 7 Uhr, Bochens:
tags 6 Uhr, d. Soliree 8 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbillets gültig,
Tanz frei.

Reichshallen
Heute Mittwoch:
Bestes Gastspiel von
Neumann-Bliemchen
mit feiner Gesellschaft.
(Herren Bliemchen,
Horvath, Gipsner, Tieck,
Zimmermann, Feldow
und Ledermann.)
Abschieds-Programm!
Anfang 8 Uhr.
Am 1. August: Wiederbeginn der
Solireen der Stettiner Sänger.

Gossmann-Konzertgarten
Kreuzbergstr. 48, an der Rahldorferstr.
Jeden Sonntag
Frei-Konzert
und Ball.
Montag und
Donnerstag:
**Hamburger
Sänger.**
Jeden Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Entrée 20 Pf.
Vorzugsarten 10 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Kadaver: Kränzchen.

**Puhlmanns
Vaudeville-Theater**
Schönhanser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Nur Kräfte ersten Ranges.
Großer Erfolg! Großer Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Lustspieloperette.
Wochentags 5 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung
der Neuzeit!
Der „Clou“ der Pariser Welt-
Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags,
3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

**Zoologischer
Garten**
Täglich nachmittags 5 Uhr:
Grosses Doppel-Konzert.
Entrée 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/D.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Kunstausstellung mit Gesang und
Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz.
Auftreten der Excentric-Ghansomette
Hedwig Böring, des Grottesque-
Komikers Paul Coradini, der Gebrüder
Damm, Akrobaten. The Garays, Ad-
fahler. Mr. Bartlings lebende Photo-
graphien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Schweizergarten
Am Königthor. Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Speciali-
täten-Vorstellung und Ball.
Volkbelustigungen aller
Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.
W. Noacks Festsäle
Brunnen-Strasse No. 16.
Im September, Oktober und
November sind noch Sonnabende
an Vereine zu vergeben. [19792*]

Für 30 Mark
fertige feine Anzüge nach Maß für
30 Mt. H. Sommer-Paletots nach Maß,
für 10-12 Mt. feine Hosen nach Maß.
Niefenstoffsager
Krausenstr. 14 I, fein Saden.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Milbitz. [16490*]
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regalbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Wo amüsiert man sich grossartig?
In **Schnegelesbergs Festsälen,**
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**
verbunden mit Cigarren-, Bonbon-Regen und
diversen Ueberraschungen. 14812*
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entrée frei.
Empfehle meine Säle. 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne),
den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Veranlassungen
und Festlichkeiten jeder Art. **Max Schindler.**
Für Sonnabend, 19. Oktober, ist der große Saal frei
geworden und unter coulantem Bedingungen baldigst zu vergeben.

Vereinsbrauerei-Ausschank (Rixdorf).
Am Mittwoch, den 31. Juli 1901, von nachmittags 4 Uhr ab:
Grosses Kinder- und Ernte-Fest
verbunden mit **grossem Konzert und Gratis-Verlosung.**
1. Hauptgewinn: 1 goldene Damenuhr; 2. Hauptgewinn: 1 Sport-
wagen, Ball etc. und Hunderte von andern nützlichen Geschenken. Jedes
Kind erhält 1 Wägel oder 1 Schärpe oder 1 Stocklaterne und 1 Loth gratis.
Bei eintretender Dunkelheit: **Fackelpolonaie, Luftballonfahrten, Feuer-
werk etc.** Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. - Für gute
Speisen und Getränke ist bestens gesorgt! - Entrée: Erwachsene 10 Pf.,
Kinder 5 Pf. 19042*
M. Berndt, Gastwirt.

Restaurant Wilhelmsberg
vor dem Trinkaus' Ball-Salon, vor dem
Landsberger Thor Landsberger Thor
Sonntag, den 1., und Montag, den 5. August:
Gr. Erntefest nach ländlicher Sitte.
Von 4 Uhr ab: **Garten-Konzert.**
Im Saale: **Tanz, Volksbelustigungen aller Art.**
Abends große Fackelpolonaie bei bengalischer Beleuchtung.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Entrée 10 Pf.,
wofür jedes Kind eine Kopfbekleidung erhält.
Hierzu ladet ergebenst ein **G. Trinkaus.**
Fahrtgelegenheit: Wilmannsstraße-Wilhelmsberg, 10 Pf. [20302*]

W. Thiedes Restaurant
Seydelstr. 30. Telefon: Amt I 4565. Seydelstr. 30.
Bringe meine Räume zu Sitzungen, Geschäftssammlungen, Zahl-
abenden etc. in Erinnerung. Gut geputzte Tische und fremde Biere, exquisites
Weibier. Zimmer von 20-150 Personen. Angenehmer Familien-Kaufmännlichkeit
vorzügl. sitzend, 10jährige Garantie, schwarze Zahnlöhne ohne Narkose,
Umarbeitung schlechtester. Bei
Bisse, schmerzloses Pionbrennen, Teilzahl. Reparatur.
sofort. **Goldstein, Drantenstr. 123. [20302*]**

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 733*
Kinderwagen, Sportwagen,
Kleinkindwagen, Bogar Baby, Juwe-
lidenstraße 100, Frankfurterstraße 115,
Dramenstraße 81, Belle-Alliance-
straße 107, Reinoldsdorferstraße 24, o.
Charlottenburg, Wilmersdorferstraße
Nr. 65. Teilzahlung gestattet. 7222*
Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung vermittelt Gustav Schmidt,
Sohnstraße 43, Hof Keller. 857b
Leppische mit Herdgeschleier,
Fabrikniederlage Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 733*
Gastocher! Sparsystem! Ein-
lochgasocher 1,00, Zweilochocher 5,00,
Dreilochgasocher 9,00. Geschlossene
Gasocher 10,00! Gas-Bügelapparate.
Gas-Haube bis 1/2 Gas-Druckfenster
9,00! Kochlauer, Wallnertheater-
straße zweieinhalbzig 2508b*

Vermischte Anzeigen.
Französisch (billig) Breitestraße 5.
Englisch (billig) Breitestraße 5.*
Verpflichteter Patentanwalt Damm-
mann, Drantenstraße 57, Moritzplatz.
Augustabad, Köpferstraße 60.
Bilder jeder Art für sämtliche Kranken-
kassen. 7362*
Metallbruch aller Art kauft
Proderid, Doppelstraße 16. 1811b
Vereinszimmer, Zehlfeld postend,
Fernsprecher III 1785. N. S. Wilhelm
Wahmann, Badstraße 14.
Elektrotechnik Abendkursus
beginnt. Jastion, Alte Jastionstraße 24.
Vereinszimmer zu vergeben, auch
passend für Zehlfeld. Rudolf Jarron,
Raunersstraße 80. 2453b*
Insaffachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Puzger, Steglitzer-
straße 65. 2570b*
Rechtsbureau, Rechtschilfe, Rat-
erteilung Andreadstraße Dreihund-
sechzig 2891b
Rechtsbureau, Zeltwerferstraße
fünfundvierzig, Eingabengesuche, Rat-
erteilung. 7632*
Veruans Festsäle und Garten
Schwedterstraße 25. Sonntag, den
25. und Sonnabend, den 31. August
noch frei. 751*

Vermietungen.
Wohnungen.
Wohnung, 2 Stuben, Küche, zum
1. Oktober. Zu erfragen Kapannen-
allee 96, Markt. 7451
Zimmer.
Möbliertes Zimmer Teilnehmer
gehört Kapannenplatz 14, IV,
Schumann 2630b*
Freundlich möbliertes Zimmer,
zwei Fenster, für anständigen Herrn
Reichenderstraße 48, vorn IV,
Dergel. 745

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Bilderrahmenmacher verlangt
Kottbuserstr. 32. 2707b
Verfälscher und Färbigmacher für
bessere Sorten verlangt Barthels,
Goldleichenstraße, Wilmersdorferstraße 17.
Oefenmacher verlangt Fürstentisch,
Charlottenstraße 68. 2700b
Mädrerinnen auf Stehkragen,
Manschetten im und auheren Dausle
verlangt Ray Trepp, Schützenstr.
allee 167a, Fabrikgebäude IV. 752
Wanderinnen auf Hispanostoff
verlangt Rheinbergerstraße 30. 752
25 gebildete Schweißmaschinen sucht
Friedrichstraße 92.*
Mamsells auf glatte und ver-
schürzte Jadedits werden verlangt
Friedrichstraße 52, II. 2954b*
Mamsells auf bessere Jadedits
außer dem Hause, Preis 2-2,70,
verlangt Kobbler, Duffenstraße 31. [*
Mamsells auf glatte, unverfälschte
Jadedits verlangt Friedrichstraße 52, II.

Werkmeister-Gesuch.
Eine Fabrik für feineren Maschinen-
bau (in Dresden), welche sich haupt-
sächlich m. Ausführung v. Patenten
befasst, sucht zum baldig. Eintritt
einen durchaus tüchtigen, erfahrenen
Werkmeister, welcher im hande ist,
peinlich genau u. Zeichnung zu
arbeiten und mit Energie und Umsicht
das Arbeiterpersonal zu beauf-
sichtigen. Offerten mit Gehalts-
ansprüchen, Photograph und Zeugnis-
abschriften erbet. unt. **D. P. 060,**
„Jubiläumbank“, Dresden. [*
Tüchtige Silberpoliererinnen gegen
hohen Accordinen kann sich nach
Eisenach (Thüringen) melden. Reise-
geld wird vergütet. 106/14*
Emil Kopf, Eisenach, Kurfür. 6.

**Ein tüchtiger
Gürtlermeister**
der speziell auf elektrische und Gas-
beleuchtung gut eingearbeitet ist und
einem größeren Betriebe selbständig
vorstehen kann, findet bei uns sofort
dauernde und angenehme Lebens-
stellung. Wir rekrutieren nur auf
eine ganz tüchtige Kraft. 100/13*
W. Egloff & Co.,
Lichterfabrik,
Turgi-Platzthal (Schweiz).

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 733*
Kinderwagen, Sportwagen,
Kleinkindwagen, Bogar Baby, Juwe-
lidenstraße 100, Frankfurterstraße 115,
Dramenstraße 81, Belle-Alliance-
straße 107, Reinoldsdorferstraße 24, o.
Charlottenburg, Wilmersdorferstraße
Nr. 65. Teilzahlung gestattet. 7222*
Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung vermittelt Gustav Schmidt,
Sohnstraße 43, Hof Keller. 857b
Leppische mit Herdgeschleier,
Fabrikniederlage Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 733*
Gastocher! Sparsystem! Ein-
lochgasocher 1,00, Zweilochocher 5,00,
Dreilochgasocher 9,00. Geschlossene
Gasocher 10,00! Gas-Bügelapparate.
Gas-Haube bis 1/2 Gas-Druckfenster
9,00! Kochlauer, Wallnertheater-
straße zweieinhalbzig 2508b*

Vermischte Anzeigen.
Französisch (billig) Breitestraße 5.
Englisch (billig) Breitestraße 5.*
Verpflichteter Patentanwalt Damm-
mann, Drantenstraße 57, Moritzplatz.
Augustabad, Köpferstraße 60.
Bilder jeder Art für sämtliche Kranken-
kassen. 7362*
Metallbruch aller Art kauft
Proderid, Doppelstraße 16. 1811b
Vereinszimmer, Zehlfeld postend,
Fernsprecher III 1785. N. S. Wilhelm
Wahmann, Badstraße 14.
Elektrotechnik Abendkursus
beginnt. Jastion, Alte Jastionstraße 24.
Vereinszimmer zu vergeben, auch
passend für Zehlfeld. Rudolf Jarron,
Raunersstraße 80. 2453b*
Insaffachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Puzger, Steglitzer-
straße 65. 2570b*
Rechtsbureau, Rechtschilfe, Rat-
erteilung Andreadstraße Dreihund-
sechzig 2891b
Rechtsbureau, Zeltwerferstraße
fünfundvierzig, Eingabengesuche, Rat-
erteilung. 7632*
Veruans Festsäle und Garten
Schwedterstraße 25. Sonntag, den
25. und Sonnabend, den 31. August
noch frei. 751*

Vermietungen.
Wohnungen.
Wohnung, 2 Stuben, Küche, zum
1. Oktober. Zu erfragen Kapannen-
allee 96, Markt. 7451
Zimmer.
Möbliertes Zimmer Teilnehmer
gehört Kapannenplatz 14, IV,
Schumann 2630b*
Freundlich möbliertes Zimmer,
zwei Fenster, für anständigen Herrn
Reichenderstraße 48, vorn IV,
Dergel. 745

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Bilderrahmenmacher verlangt
Kottbuserstr. 32. 2707b
Verfälscher und Färbigmacher für
bessere Sorten verlangt Barthels,
Goldleichenstraße, Wilmersdorferstraße 17.
Oefenmacher verlangt Fürstentisch,
Charlottenstraße 68. 2700b
Mädrerinnen auf Stehkragen,
Manschetten im und auheren Dausle
verlangt Ray Trepp, Schützenstr.
allee 167a, Fabrikgebäude IV. 752
Wanderinnen auf Hispanostoff
verlangt Rheinbergerstraße 30. 752
25 gebildete Schweißmaschinen sucht
Friedrichstraße 92.*
Mamsells auf glatte und ver-
schürzte Jadedits werden verlangt
Friedrichstraße 52, II. 2954b*
Mamsells auf bessere Jadedits
außer dem Hause, Preis 2-2,70,
verlangt Kobbler, Duffenstraße 31. [*
Mamsells auf glatte, unverfälschte
Jadedits verlangt Friedrichstraße 52, II.

Werkmeister-Gesuch.
Eine Fabrik für feineren Maschinen-
bau (in Dresden), welche sich haupt-
sächlich m. Ausführung v. Patenten
befasst, sucht zum baldig. Eintritt
einen durchaus tüchtigen, erfahrenen
Werkmeister, welcher im hande ist,
peinlich genau u. Zeichnung zu
arbeiten und mit Energie und Umsicht
das Arbeiterpersonal zu beauf-
sichtigen. Offerten mit Gehalts-
ansprüchen, Photograph und Zeugnis-
abschriften erbet. unt. **D. P. 060,**
„Jubiläumbank“, Dresden. [*
Tüchtige Silberpoliererinnen gegen
hohen Accordinen kann sich nach
Eisenach (Thüringen) melden. Reise-
geld wird vergütet. 106/14*
Emil Kopf, Eisenach, Kurfür. 6.

**Ein tüchtiger
Gürtlermeister**
der speziell auf elektrische und Gas-
beleuchtung gut eingearbeitet ist und
einem größeren Betriebe selbständig
vorstehen kann, findet bei uns sofort
dauernde und angenehme Lebens-
stellung. Wir rekrutieren nur auf
eine ganz tüchtige Kraft. 100/13*
W. Egloff & Co.,
Lichterfabrik,
Turgi-Platzthal (Schweiz).